

Wöchentlich 75 Pf. monatlich 2,25 Pf. (bald 27 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postweg 2,97 Pf. einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postgebühren. Auslandsendungen 2,85 Pf. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Zollsachenporto 4,65 Pf.

Das „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Samstags und Montags einmal. Die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage „Soll und Seil“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dienstag
31. Mai 1932
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Millimetergröße 30 Pf. Reklameweile 2-12 „Kleinanzeigen“ des festgedruckten Wortes 20 Pf. (unfälle zwei festgedruckte Worte) jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt 12. Tarif. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimetergröße 25 Pf. Familienanzeigen Millimetergröße 16 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 9/4 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernbr.: Dönhof (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dr. V. u. Dis.-Gel., Depositenk., Jerusalemstr. 63/64.

Krise ohne Ausweg.

Löbe, Wels, Breitscheid — Hitler, Göring beim Reichspräsidenten.

Reichspräsident von Hindenburg begann gestern nachmittag mit den politischen Besprechungen über die durch den Rücktritt der Reichsregierung geschaffene Lage. Der Reichspräsident empfing zuerst den Reichstagspräsidenten Löbe und anschließend die Führer der Sozialdemokratischen Partei Wels und Dr. Breitscheid, um sechs Uhr empfing der Herr Reichspräsident den Parteiführer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Adolf Hitler, der von dem Abgeordneten Goering begleitet war.

Die Besprechungen mit den Parteiführern werden heute fortgesetzt und zum Abschluß gebracht werden.

Die Absichten Hindenburgs.

Der Inhalt der Unterredung mit Wels und Breitscheid.

Ueber die Besprechung des Reichspräsidenten mit den sozialdemokratischen Parteiführern erzählt das Nachrichtenbüro des VdZ, aus parlamentarischen Kreisen, daß Hindenburg betont habe, für ihn sei nach seiner ganzen Vergangenheit der Schutz der Verfassung eine Selbstverständlichkeit. Daraus werde man entnehmen können, daß der Reichspräsident den Wunsch habe, ein Kabinett zu bilden, das mit einer parlamentarischen Mehrheit zu regieren versucht.

Hindenburg scheint sich allerdings auch darüber klar zu sein, daß ein neues Kabinett ebenso wenig wie das bisherige ganz ohne Notverordnungen auskommen könne. Es dürfte sich bei den bisherigen Absichten des Reichspräsidenten wiederum um ein Kabinett der Mitte handeln. An dem in der Öffentlichkeit vielfach als Kanzlerkandidaten genannten Freiherren v. Gajl soll jetzt nicht gedacht sein, sondern an eine mehr nach der Mitte tendierende Persönlichkeit, etwa den Grafen Westarp, der im Reichstag der kleinen volkskonservativen Gruppe angehört.

Der Reichspräsident hoffe, den neuen Reichskanzler bereits am Mittwoch ernennen zu können. Wenn die von ihm betraute Persönlichkeit nicht auf allzu große Schwierigkeiten stößt, so könnte man also damit rechnen, daß das neue Reichskabinett Ende der Woche zusammengestellt wäre.

Einberufung der Reichstagsfraktion.

Beratung über die neue Lage.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion trat am Montagnachmittag zur Beratung der durch den Rücktritt der Regierung Brüning geschaffenen politischen Lage zusammen. Er beschloß die sofortige Einberufung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die am Mittwochvormittag, 10 1/2 Uhr, zusammentreten wird. Später erstatteten die Abgeordneten Dr. Breitscheid und Wels Bericht über ihre Unterredung mit dem Reichspräsidenten.

Hitlers Abfage an Hindenburg.

Keine Tolerierung einer Rechtsregierung.

Der Reichspräsident erstrebt, soweit seine Absichten bisher erkennbar sind, eine rechtsgerichtete, auf die Duldung der Nationalsozialisten angewiesene Reichsregierung, die sich in verfassungsmäßigen Bahnen bewegen soll.

Wer den Versuch zu einem detackigen Experiment im Auftrage Hindenburgs machen soll und wird, ist bisher noch unbekannt. Man spricht u. a. von dem Grafen Westarp, der im Jahre 1930 mit zahlreichen anderen Abgeordneten aus der Deutschen Nationalen Partei ausgetreten und dadurch bei den Deutschnationalen in Ungnade gefallen ist. Inwieweit Westarp selbst geneigt ist, sich dem beabsichtigten Experiment zur Verfügung zu stellen, ist nicht bekannt. Aber daß ein Reichskanzler, der sich nicht offen in die Arme der bisherigen Rechtsopposition wirft, deren parlamentarische Unterstützung erlangen wird, scheint nach der Haltung der Reichspresse und nach allen Erklärungen, die von der Rechtsopposition

vor dem Sturz Brünings hinsichtlich der künftigen politischen Entwicklung abgegeben worden sind, völlig ausgeschlossen.

Die Presse der Rechten fordert übereinstimmend einen völligen Kurswechsel und erhebt zu diesem Zweck den Ruf nach „Klarheit“, die nur durch die Auflösung des Reichstags zu erzielen sei. So erklärt beispielsweise die rechtsradikale Berliner „Deutsche Zeitung“:

„Bevor über die Frage der Reichstagsauflösung keine Klarheit geschaffen ist, erscheint es müßig, sich im Augenblick über die sonstigen Pläne einer außerparlamentarischen Regierungsbildung zu unterhalten.“

In ähnlichem Sinne sollen sich Hitler und Goering, die am Montagnachmittag nach dem Empfang der sozialdemokratischen Abgeordneten Wels und Breitscheid eine Besprechung mit Hindenburg hatten, geäußert haben. Sie sollen dem Reichspräsidenten auf dessen Frage, ob sie bereit seien, eine aus rechtslebenden Persönlichkeiten zu bildende Regierung zu unterstützen, erwidert haben,

daß eine derartige Möglichkeit für sie nicht gegeben sei und eine Beteiligung der Nationalsozialisten an einer Regierung nur nach der Auflösung des Reichstags und der Ausschreibung von Neuwahlen in Frage kommen könne.

Am Dienstag wird der Reichspräsident die Besprechungen mit den Parteiführern fortsetzen. Zunächst wird der Zentrumsabgeordnete Kaas empfangen. Anschließend beabsichtigt Hindenburg die Führer der Splittlergruppen einzeln zu hören.

Großagrarische Hintergründe.

Die Frage der Ostfiedlung und die Krise.

Im Verlauf der Entwicklung der politischen Dinge, die am Montag zum Sturz des Kabinetts Brüning führte, hat zweifellos die Frage der Ostfiedlung eine wichtige Rolle gespielt. Die von dem Kabinett Brüning geplante Ostfiedlung erstrebte u. a. einen Teil der bankrotten Güter in Ostdeutschland der Siedlung zuzuführen. Das ganze Programm hätte sich, da es an den erforderlichen Geldmitteln fehlt, in äußerst engen Grenzen halten müssen. Im günstigsten Falle hätte man daran denken können, von der in Frage kommenden zwei Millionen Morgen großen Fläche einen Bruchteil für die Siedlung zu verwenden.

Nicht das Siedlungsprogramm selbst hat unter den Großagrariern im Osten böses Blut gemacht. Man weiß sehr gut, daß man die bankrotten Güter im Osten nicht halten kann. Das Kabinett Brüning hat Hunderte von Millionen Mark in diese Großgüter hineingepumpt, mit dem Erfolg, daß sich eine Sanierung als hoffnungslos erweist. Das haben auch Vertreter des rechtsradikalen Flügels in der Großlandwirtschaft zugegeben. Die bankrotten Agrarier wollen aber aus der Siedlung ein Geschäft machen. Wenn der Staat sieden will, dann soll er den Großagrariern den Boden teuer bezahlen. Gleichgültig, ob die Kleinsiedlung, auf der demnächst der Bauer seine Existenzmöglichkeit finden soll und muß, bestehen kann oder nicht. So ging der Kampf im Rahmen der Siedlung seit langem um den Bodenpreis. Die Agrarier verlangten, daß für die bankrotten Großwirtschaften der Einheitswert gezahlt werden soll. Trotzdem dieselben Großagrariere der Öffentlichkeit und der Regierung hundertmal nachgewiesen haben — und mit vollem Recht —, daß der Einheitswert beispielsweise hoch über dem tatsächlichen Wert liegt. Plötzlich sollte das auf einmal alles nicht wahr sein. Plötzlich wollte man aus der eignen Pleite, nachdem man für eine hoffnungslose Sanierung Subventionen und Subventionen geschluckt hat, noch einen Extraprofit herausquetschen.

Während des Aufenthalts Hindenburgs in Reuders (Ostpreußen) sind die profitgierigen Großagrariere bzw. ihre Mittelsmänner in Aktion getreten. Man hat dem Reichspräsidenten den Siedlungsplan des Kabinetts Brüning als sozialistisch denunziert. Väterlich! Das Projekt stammt von einer Stelle, die mit Sozialismus und Sozialdemokratie verhaßt wenig zu tun hat, und die Sozialdemokratie ist es gewesen, die während der letzten Tage in ihrer Presse und im Reichstag angesichts des Siedlungsprojektes der Regierung immer wieder vor den Gefahren von Festinvestitionen und Festschlägen gewarnt hat!

Krisenspiel statt Brot.

Kampf der Arbeiter um ihr Recht.

Dem parlamentarischen System mag man alles Ueble nachsagen — aber an dieser Krise ist es wirklich ganz unschuldig. Zum erstenmal in der Republik ist eine Regierung, die noch mit einer ganz stillschweigenden Mehrheit aufwarten konnte, gestürzt worden durch Einflüsse außerhalb des Parlaments. Gewisse Reichswehrgeneräle waren unzufrieden mit dem SM-Verbot und seiner Verteidigung durch Goerner, gewisse ostelbische Großgrundbesitzer wollten es nicht zulassen, daß mehrfach verkrachter und mehrfach erfolglos subventionierter Großgrundbesitz zu Siedlungszwecken aufgeteilt wurde, gewisse Politiker meinten, mit Rücksicht auf die Wahlergebnisse sei eine Verlagerung der Regierung etwas weiter nach rechts notwendig — nicht etwa bis zu den Nationalsozialisten, sondern nur bis zu den Syndikali der Schwerindustrie. Solche Einflüsse haben auf den Reichspräsidenten stärker gewirkt, als Brüning ahnte. Am Sonnabendabend bei der ausländischen Presse war er noch sehr lebendig, aber am Sonntag war er schon, wenigstens als Reichskanzler, ein toter Mann.

Man hat oft den Parteien nachgesagt, daß sie Regierungen stürzten, ohne zuvor überlegt zu haben, was nach ihnen kommen soll? Hatten die Herren außerhalb des Parlaments, die den Sturz Brünings herbeiführten, ein klares Bild dessen, was nach Brüning kommen soll? Wie es heißt, denkt man jetzt an ein Kabinett, dessen Achse etwa bei der Gruppe des Grafen Westarp liegt — ja der Graf selbst ist als Kanzlerkandidat genannt worden, obwohl man wissen könnte, daß Hugenberg ihn scheut, wie Macbeth den Geist des gemordeten Banks. Aber man glaubt, daß ein Mann der Linie Westarp — nicht gerade Herr von Gajl, aber vielleicht Dr. Goerdeler oder von der Osten — umgeben von einem Kranz unparlamentarischer Fachminister, beim Zentrum und der gesamten Rechten teils Stützung, teils wohlwollende Duldung finden könnte. Ja, man rechnet sogar mit der Möglichkeit, daß Brüning als Außenminister eines von Hitler tolerierten Kabinetts am 16. Juni in Lausanne erscheinen könnte — ein Gedanke, gegen den sich Brüning selbst wohl in Erinnerung an die letzte Sitzung des Auswärtigen Ausschusses lebhaft sträubt.

Daß nach der Unterredung, die der Reichspräsident gestern abend mit Hitler und Göring hatte, noch immer der Glaube besteht, es sei eine solche gemüthliche Lösung der Krise möglich, ist nicht wahrscheinlich. Wir sehen einstweilen nur die sehr großen Gefahren, die durch die Entfesselung dieser außerparlamentarischen Krise heraufbeschworen sind.

Zur unausschiebbaren Regelung der Finanzfrage sind bis auf weiteres beide Wege gesperrt, sowohl jener der ordentlichen Gesetzgebung wie auch der des Art. 48. Die Not des Reichs, der Länder, der Gemeinden ist aber außerordentlich. Zahlungstodungen können für die Wirtschaft zu sehr schlimmen Folgen führen, sie können notleidende Volksschichten zur Verzweiflung treiben, Ruhe und Ordnung aufs schwerste gefährden.

Wir fordern deshalb, daß ohne Rücksicht auf den Ablauf der politischen Krise die notwendigen Zahlungen, ganz besonders an die notleidenden Volkstreife, durch außerordentliche Maßnahmen gesichert werden.

Daß mit diesen Maßnahmen gewartet werden kann, bis eine neue Regierung gebildet ist, muß man einstweilen bezweifeln. Die Menschen müssen aber auch während dieser Krise zu essen haben, sie können damit nicht solange warten, bis die Herren Nationalsozialisten und Deutschnationalen vom Krisenspiel genug haben. Die Brotfrage muß gelöst werden, ihre Lösung darf nicht an irgendwelchen Kompetenzfragen scheitern!

Gegenüber diesen Gefahren, die für unzählige Menschenleben und für das Leben der staatlichen Gemeinschaft selbst drohend geworden sind, erscheinen die Sorgen um die a u s -

wärtige Politik fast klein. Werden wir bis zum 16. Juni eine neue, vom Vertrauen des Reichstags gedeckte Regierung haben, die nach Lausanne geht? Und was wird sie dort tun? Es wird ihr gewiß nicht schwer fallen, die totale Zahlungsunfähigkeit Deutschlands zu beweisen, aber davon abgesehen wird sie nicht zu beneiden sein! Denn das erste Ergebnis der deutschen Regierungskrise im Ausland kann doch kein anderes sein, als ungeheure Verwirrung und berghohes Mißtrauen. Auch das kann wenigstens zunächst — wir drücken uns ganz vorsichtig aus — für Deutschlands Wirtschaft wahrlich kein Vorteil sein.

Alle diese Gefahren können nur noch vergrößert werden, wenn die Lösung der Krise bis über eine Auflösung des Reichstags und Neuwahlen hinaus vertagt werden muß. Die Auflösung scheint ja das Ziel zu sein, auf das die Rechte mit allen Kräften zustrebt. Sie ist jetzt von einem überdemokratischen Zahlenrausch erfasst, sie hamstert Stimmzettel und Mandate, sie giert nach Gelegenheiten, ihre Parliamentsitze zu vermehrten. Aber wenn sie glaubt, im Reich, wie eben in Oldenburg, die Mehrheit für sich allein gewinnen zu können, so jagt sie einem Phantom nach. Wenn die Neuwahlen vorbei sind, wird es auch noch so sein, daß es ohne das Zentrum nicht geht!

Die Sozialdemokratische Partei hat zunächst die beste Aussicht, von jeder auch nur indirekten Verantwortung für die Regierungsgeschäfte befreit zu werden. Um deswillen braucht sie dem Reichspräsidenten nicht gram zu sein! Höchst unüberlegt wäre auch der Vorwurf: „Ja, warum hast ihr Hindenburg gewählt, der jetzt doch nach rechts steuert?“. Wie die Dinge lagen, gab es eben nur die Wahl, entweder Hitler oder Hindenburg siegen zu lassen, und vor diese Wahl gestellt, müßte die Sozialdemokratie auch heute noch genau so entscheiden, wie sie damals entschieden hat. Der Reichspräsident hat auch, indem er sich von der Mitte und von der Linken wählen ließ, keineswegs die Verpflichtung übernommen, nur Regierungen aus der Mitte und der Linken zu bilden, wohl aber hat er die Pflicht übernommen, die verfassungsmäßigen Rechte der Opposition zu schützen.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Opposition sind gleichbedeutend mit den Lebensrechten der deutschen Arbeiterbewegung. Sie zu schützen ist die Pflicht des Reichspräsidenten — sie zu schütten ist aber vor allem unsere eigene Angelegenheit. Es bedarf keiner großen Worte, um zu zeigen, um was es geht. Nichts nützen kann den Arbeitern die freischwebende Impotenz der Kommunisten. Wer Arbeitslose gegen die Polizei treibt, der spielt das Spiel der Reaktion. Mit Panikmache und Ausbrüchen der Verzweiflung ist noch kein Sieg gewonnen worden. Was not tut, ist Kaltblütigkeit und Zuversicht trotz klarster Erkenntnis der drohenden Gefahren, ist Entschlossenheit zum Einsatz aller Kräfte, ist Einigkeit und nochmals Einigkeit!

Zunächst gilt es, sich für den Kampf um einen neuen Reichstag bereit zu halten, der vielleicht schon in wenigen Tagen beginnen wird.

Frevelhaftes Spiel.

Reichstagsauflösung und Neuwahlen?

Im Soz. Presseblatt schreibt Rudolf Breitscheid: Welches soll nun die Lösung der Krise sein? Man hätte annehmen sollen, daß jeder der Beteiligten es für unverantwortlich halten würde, in diesem Augenblick ein Kabinett in die Wüste zu schicken, wenn nicht in demselben Augenblick ein anderes zur Übernahme der Geschäfte bereit stünde. Das aber ist nach allem Anschein nicht der Fall. Der Schwerpunkt der Regierung soll weiter nach rechts verlegt werden. Doch wer an ihre Spitze treten und wer sie tragen soll, steht keineswegs fest. Man denkt angedlich an eine Persönlichkeit, die so ungefähr auf der politischen Linie des Grafen Westarp steht. Wo soll indessen ein solcher Mann, vorausgesetzt, daß er die nötigen Mitarbeiter findet, die verfassungsmäßige Mehrheit erhalten?

Der Reichspräsident wird die Verfassung nicht antasten wollen. Das neue Kabinett muß sich dem Parlament vorstellen und dort über sein Schicksal entscheiden lassen. Daß die Sozialdemokraten ihm gegenüber nicht die Haltung einnehmen werden, die sie gegenüber Brüning beobachtet haben, ist selbstverständlich. Auf sie rechnet man auch nicht. Aber was werden die Nationalsozialisten tun? Es steht so aus, als gebe man sich der Hoffnung hin, sie würden eine Beamten- und Fachmännerregierung „tolerieren“, auch wenn sie selbst in ihr keinen Sitz erhielten. Werden sie nach all den großen Worten, die sie in die Welt hinausgerufen haben, zu einer solchen Selbstverleugung bereit sein?

Und wie wird sich das Zentrum stellen? Es wird der Versuch gemacht, Brüning als Außenminister beizubehalten. Wir können uns nicht vorstellen, daß er einer solchen Verlockung erliegt, denn von allem anderen abgesehen, muß er sich darüber klar sein, daß er als Außenminister in dem neuen Kabinett nicht mehr dasselbe wäre, was er bisher gewesen ist. Er würde mit gebrochenem Rückgrat zu den internationalen Verhandlungen gehen. Der Schlag ist gegen ihn geführt worden, und es wird für ihn sowohl als auch für seine Partei außerordentlich schwer sein, denen, die ihm den Dolchstoß versetzt haben, das Regieren zu ermöglichen.

Wenn aber die parlamentarische Mehrheit nicht zustande kommt, dann bleibt nichts anderes übrig als Auflösung und Neuwahl des Reichstags, und wir können uns sehr wohl vorstellen, daß Nationalsozialisten und Deutschnationale gerade auf diese Lösung in erster Linie hinarbeiten werden. Die Erhöhung, die die Regierungskrise verursacht, würde also verschärft durch die Unruhe einer neuen Wahlkampagne.

Alles in allem: es ist kaum jemals ein frevelhafteres Spiel mit den wohlverstandenen Interessen des Landes und des Volkes getrieben worden, als es hier unverantwortliche Kräfte angezettelt haben. Wenn große Teile der deutschen Nation genügend verstanden sind, um das Unheil, das man gestiftet hat, im gegenwärtigen Augenblick noch nicht zu durchschauen: die Zeit wird sehr bald kommen, wo ihnen die Augen aufgehen werden. Was man aber für die gegenwärtige Stunde hoffen möchte, wäre, daß der Reichspräsident den Mißbrauch, der mit ihm getrieben worden ist, erkennen würde und aus dieser Erkenntnis die notwendigen Schlussfolgerungen zöge. Die Sozialdemokratie wird in jeder Situation bereit sein, den Kampf aufzunehmen, den man ihr aufzwingt. Aber sie denkt staatspolitisch genau, um den Wunsch zu begnügen, daß dem Volk und insbesondere der Arbeiterklasse Auseinandersetzungen erspart bleiben möchten die — sicher für die nächste Zukunft — Deutschland zu unermesslichem Schaden gereichen würden.

Erregung im Zentrum.

Kräftige Töne gegen die Krisentreiber.

Der Sturz Brünings wird im Zentrum als eine außerordentlich starke Brüstung der Zentrumspartei empfunden. Die Stimmen der Zentrumspresse lassen darüber keinen Zweifel. Die „Germania“ schreibt in ihrer Dienstag-Morgenausgabe zum Rücktritt der Regierung Brüning:

„Es ist noch nicht abzusehen, wie die Lösung sein wird, die der Krise gegeben wird. Sie hat ihren akuten Ausbruch offenbar in den sachlichen Meinungsverschiedenheiten genommen, die sich zwischen dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung hinsichtlich der Gesamtpolitik des Reiches herausgestellt haben. Entscheidend dürften hierbei weniger jene aktuellen Gegensätze gewesen sein, die sich gegenüber den von der Reichsregierung vorbereiteten Notmaßnahmen, sondern jene mehr „atmosphärischen“ Gründe, die dem Reichspräsidenten offenbar die Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer ausgeprochen rechtsgerichteten Regierung nahegelegt haben. Wenn das richtig ist — und dies scheint der Fall zu sein —, dann dürften aus dem so bezeichneten Ursprung der Krise auch die Tendenzen zu ihrer Lösung herauszufließen sein. Diese Tendenzen würden dann auf ein „nationales Konzentrationskabinett“ hinauslaufen, das auch als „Übergangskabinett“ bezeichnet wird, und das die deutsche Politik bis zu einem Punkte zu führen haben würde, an dem noch größere Entscheidungen über den Weg der deutschen Innenpolitik fällig werden könnten. Es wird allerdings, darüber darf man sich in dieser Stunde keiner Täuschung hingeben, sehr schwer und kaum zweckmäßig sein, das Zustandekommen eines solchen Kabinetts auf irgendeiner parteipolitischen Basis zu versuchen. Aber all diese die Lösung der Krise betreffenden Fragen liegen vorerst begreiflicherweise noch völlig im Dunkeln. Der Reichspräsident hat bereits gestern seine Bepflegungen aufgenommen, die ihn mit den maßgebenden Führern der großen Parteien in Verbindung bringen werden, und erst nach ihrem Ausgange werden sich die Bemühungen um die neue Reichsregierung konkretisieren und in ihren Zielpunkten zuverlässig übersehen lassen.“

Als ziemlich sicher darf es bisher lediglich gelten, daß Reichskanzler Dr. Brüning der neuen Reichsregierung weder als Führer, noch als Außenminister angehören wird.“

Wett offener und kräftiger spricht der „Deutsche“, der schon seit Tagen Klarmrufe ausgestoßen hatte:

Es wäre falsch, zu behaupten, hier läge der „Volkswille“ zum Ausdruck. Denn es ist kein Geheimnis, daß die Drahtzieher der ganzen Wählerarbeit gegen Brüning und sein Kabinett hauptsächlich im Lager der Industrie und der Großagrarier zu suchen sind, zu denen in der letzten Zeit wohl nach Generäle der Reichswehr gestochen sind.

Der Reichspräsident will, wie verläutelt, auf parlamentarischem Wege die Neubildung einer Regierung versuchen. Das wird aber den Drahtziehern nicht passen. Sie haben andere Pläne. Sie wollen ein Übergangskabinett aus „unparteilichen“ Persönlichkeiten und „Fachleuten“. Dieses Übergangskabinett soll möglichst bald den Reichstag auflösen und die Neuwahlen auschreiben.

Von den Neuwahlen erhoffen sie eine Mehrheit der Rechten; um sie sicher zu erreichen, denkt man an eine Veränderung des Wahlsystems.

Nach der Neuwahl soll dann die eigentliche neue Reichsregierung als eine Art Präsidialkabinett auf dem Plan erscheinen. Bis dahin soll das Übergangskabinett schon nach den Richtlinien dieser kommenden Reichsregierung die Geschäfte führen. Es wird behauptet, der Kreis, der seit Monaten die Entwicklung in diese Richtung treibt, habe ein vollständig ausgearbeitetes Programm, das auch schon in den Händen des Reichspräsidenten sei.

Man sieht nur die Tatsache, daß hier ein paar Menschen unkontrolliert und diktatorisch einem 60-Millionen-Volk ihre Politik aufzwingen und damit, in einer entscheidenden Phase, über sein Schicksal bestimmen wollen.

Das ist eine Entwicklung, der man mit schürftem Mißtrauen gegenüberübersehen muß. Vor allem haben die Gewerkschaften und die ganze Arbeitnehmerschaft allen Grund zu einem solchen Mißtrauen. Diese haben allen Anlaß, dafür zu sorgen, daß sie abwehrend und kampfbereit sind.

Im übrigen besteht gegenwärtig kein Anlaß zur Unruhe. Aber wachsam muß jeder Arbeitnehmer sein und — wir sagen es erneut — kampfbereit. Das Streben der Regierungstürzer geht letzten Endes darauf hinaus,

daß die oft leichtfertig gemachten Schulden der „Größen“ in Industrie und Landwirtschaft vom armen Volk bezahlt werden, und daß diese Kreise frei von den Lasten dieser Notzeit bleiben.

Das Wort „Alles durch das Volk!“ wird einen neuen Sinn erhalten, wenn — die Arbeitnehmer sich dieses bieten lassen.“

Auch in bayerischen Regierungskreisen hat der Sturz Brünings einen katastrophalen Eindruck her-

vorgerufen. Man erblickt in dem erzwungenen Rücktritt den Beginn einer sich reich zuspitzenden Staatskrise in Deutschland. Die maßgebende Bayerische Volkspartei sieht deshalb auf dem Standpunkt, daß jetzt alles gelichein muß, damit der bayerische Staat möglichst bald eine Regierung erhält, die über die stärkstmögliche innere und äußere Autorität verfügt. Diese Auffassung wird damit begründet, daß Bayern von einer wie immer gefärbten Rechtsdiktatur im Reich außerordentlich gefährdet wäre. Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz schreibt zum Rücktritt Brünings:

„Der jetzt geraumer Zeit hinter den Kulissen betriebene und nunmehr geglückte Sturz Brünings führt Deutschland mitten in jenes Experiment hinein, dem sich der Kanzler nach der Aussage seiner Gegner verlegen zu müssen glaubte. Es liegt offen zutage, daß sich Hindenburg von Brüning nur deshalb getrennt hat, weil zwischen beiden unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten wegen der Fortführung des Regierungsurfels entstanden waren. Von den Gegnern Brünings, die nun ein für allemal sein Zentrumsgesicht nicht getragen konnten, soll hier ganz geschwiegen werden.“

Ernährung müssen aber die Kräfte finden, die sich aus der Reichswehr heraus an der Opposition gegen die alten Thesen der Brüningischen Innenpolitik, vor allem gegen die Groenerische Verbotspolitik lebhaft beteiligt haben.

Die Zerstörung der Basis, von der das sogenannte System Brüning getragen wurde, löst nur noch den Weg des Experiments einer sogenannten Rechtsregierung übrig, die sich dem Optimismus hingibt, sie verfüge über die Fähigkeit und die Autorität, diese rein oppositionellen und demagogischen Kräfte der nationalsozialistischen Bewegung nunmehr für positive und sachliche Regierungspolitik zu binden. Schlägt diese Hoffnung fehl und bleiben die Männer, denen nunmehr der Reichspräsident die Geschicke der deutschen Politik anvertrauen will, den Befähigungsnachweis schuldig, dann ist die Befürchtung nicht übertrieben,

daß Deutschland mit Riesenschritten jener chaotischen Vermittlung entgegensteht, die gerade durch die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten vermieden werden sollte.

Es steht in diesem Augenblick alles auf dem Spiel, was Dr. Brüning in den zwei Jahren seiner dornenreichen Kanzlerschaft mühsam an positiven Werten geschaffen hat.“

Die Krisentreiber haben sich offenbar schwer getäuscht, wenn sie geglaubt haben sollten, daß das Zentrum den Sturz Brünings ruhig hinnehmen würde.

Die Mainlinie.

Stuttgart, 30. Mai. (Eigenbericht.)

Der Stuttgarter „Beobachter“, das Parteiorgan des württembergischen Zentrums, stellt unter der Überschrift „Württemberg und Preußen — die Ordnung, dort Faustrecht“ aus Anlaß der gleichzeitigen Konstituierung des Preussischen und Württembergischen Landtags eine bemerkenswerte Parallele zwischen den politischen Zuständen in beiden Ländern an. Er schreibt über die Ständekammern im Preussischen Landtag u. a.:

„Auf diesem Hintergrund haben sich die Vorgänge, die sich in den letzten Tagen im Württembergischen Landtag abgepielt haben, noch besonders ab.“

Man wird, wenn in Preußen der offene Bürgerkrieg ausbricht und wenn von Preußen aus dann ein gefährlicher Druck auch auf die Dinge im Reich ausgeübt wird, es noch anders zu sehen wissen, daß in Bayern, in Württemberg die Verwaltungen der Machteinrichtungen, die Ämter der Minister oder Staatspräsidenten, die Ämter der Innenministerien und der Polizeiverwaltungen nicht in nationalsozialistischen Händen liegen,

und daß deshalb in ganz Süddeutschland kein Mißbrauch dieser Polizeigewalten im Sinne nationalsozialistischer Gewalttätigkeit möglich sein wird. Solange die Dinge so liegen und angesichts unserer andersgearteten Verhältnisse ist es durchaus möglich, in ganz Süddeutschland wirklich eine Insel, oder, sagen wir, ein Bollwerk der Beherrschtheit, der Besonnenheit, der rechtlichen Ordnung zu wahren und so vielleicht noch einmal und wieder einmal dem Reiche gegenüber eine Mission zu erfüllen, wie sie Süddeutschland im Laufe der Geschichte mehr als einmal zugefallen ist. Jedenfalls haben wir allen Grund, gerade angesichts der Vorgänge in Preußen und der Haltung der Nationalsozialisten in Preußen uns der Entscheidungen, die im Württembergischen Landtag getroffen wurden, zu freuen und sie als einen Akt der Voraussicht und der klugen politischen Ueberlegung zu begrüßen.“

So deutlich, wie es hier geschieht, ist bisher noch nicht auf die Kauterung der Mainlinie als Mittel der Abwehr gegen einen tatsächlichen Diktaturversuch in Berlin hingewiesen worden!

Das Ausland sagt: Kamarilla!

Franreich.

Paris, 30. Mai. (Eigenbericht.)

Der „Temps“ schreibt zu der Demission des Kabinetts Brüning: Man erklärt, daß der Reichspräsident die Demission des Kabinetts Brüning angenommen hat, weil es wegen der klar ausgedrückten Ansicht der Wählerschaft nicht mehr möglich sei, mit Hilfe des Artikels 48 weiter zu regieren. In Wirklichkeit ist Brüning den gemeinsamen Schlägen der Rechtsparteien und der Militärkamarilla unterlegen. Auf der anderen Seite des Rheins ist es jetzt mit jeder noch links orientierten oder auf der Solidarität der Mittelparteien basierten Koalitionspolitik vorbei. Falls man nicht direkt auf eine Militärdiktatur zusteuert, ist es wahrscheinlich, daß die Auflösung des Reichstags bald folgen wird. Weder der Reichskanzler noch die republikanischen Parteien des Zentrums und der Linken haben einen politischen Vorteil aus den Anstrengungen gezogen, die sie entfaltet haben, um die Wiederwahl Hindenburgs zu sichern.

Holland.

Amsterdam, 30. Mai. (Eigenbericht.)

Der Rücktritt der Regierung Brüning wird von der niederländischen Presse als ein gefährliches Experiment beurteilt.

Der „Telegraaf“ wirft besonders die Frage auf, mit wem Reichspräsident von Hindenburg während seines Aufenthalts in

Neudorf nichtöffentliche Besprechungen geführt habe. Brüning sei durch geheime Kräfte gekürzt worden und die eigentlichen Beweggründe seines Rücktritts seien eigentlich niemand bekannt. Die Verantwortung, die der Reichspräsident auf sich genommen habe, sei ungeheuer. Man müsse zugeben, daß sich die Lage täglich verschlechtere und die oldenburgischen Wahlen hätten gezeigt, daß auch die jüngsten Stände im Preussischen Landtag keinen Eindruck gemacht hätten. Das Kabinett Brüning sei ein ausgeglichter Baumstamm gewesen.

Das sozialdemokratische „Het Volk“ stellt fest, daß nach Brünings Rücktritt nur noch die Dummköpfe zurückbleiben, die es für eine Ehre hielten, so laut wie möglich zu verurteilen, daß sie mit dem Verstand abgerichtet hätten. Gemäß sei Brüning nie ein Kraftmann gewesen, in Hindenburg aber sehe man in diesen Tagen mehr den Soldaten als den verständigen Staatsmann. Daß Brüning die Hiltlerischen Sturmtruppen aufgelöst, aber Reichsbanner und Eiserner Front, die Garben der Republik, habe beibehalten lassen, habe der alte Berufssoldat nicht ertragen können. Unter die Duldungspolitik der deutschen Sozialdemokratie sei endlich ein Schlussstrich gesetzt. Dennoch habe man das Gefühl, daß das Schlimmste erst noch komme. Eine Bewegung jedoch, die die Zwangsorgane eines Bismarck ruhmreich überlebt habe, werde auch mit seinen Nachfolgern fertig zu werden wissen, ob sie nun Schlichter oder Adolf Hitler heißen würden.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meint, daß mit Hindenburg seit seiner Wiederwahl etwas vorgegangen sein müsse. Eine unbefriedigbare Veränderung läge in der Art, wie er vor-

gegangen sei. Man könne darin nicht mehr die bisherige zurückhaltende Amtsführung und die stets korrekte Form des alten Präsidenten erkennen. Gewiß sei schon lange deutlich gewesen, daß Hindenburg sich von der Politik der Regierung Brüning zurückziehen wolle. Der Präsident habe durch die Begründung, mit der er Brüning verabschiedete, schon enthüllt, in welcher Richtung er zu handeln gedenke.

England.

London, 30. Mai. (Eigenbericht.)

Der Rücktritt der Regierung Brüning gilt hier als das Ereignis des Tages. Trotzdem sind die Londoner Abendblätter hauptsächlich mit den Ziehungen der Rennlotterie zu dem bevorstehenden Derby beschäftigt. Sie bringen seitenlange Lebensgeschichten der glücklichen Gewinner und finden kaum Raum für das Ereignis des Tages. Man kann nicht sagen, daß der Rücktritt völlig überraschend kam. Immerhin hatte man damit gerechnet, daß Brünings Position bis Lausanne gesichert sei. Jetzt diskutiert man in politischen Kreisen vor allem aber die Rückwirkungen des Rücktritts auf die Lausanner Konferenz. Diejenigen Regierungskreise, die ohnedies sich damit abgefunden hatten, daß Lausanne nur eine Vertagung der Probleme bringen werde, sind jetzt noch mehr davon überzeugt, daß man etwas anderes gar nicht erst versuchen sollte, ja, sie sprechen bereits von einer Verschiebung der Lausanner Konferenz. Den Wählern dagegen, die England beschwören, die Initiative zu ergreifen, gibt die Tatsache, daß Brünings Regierung unhaltbar geworden ist, ebenso wie der Wahlsieg der Nazis in Oldenburg neue Argumente. „Das Uebel der neuesten Entwicklung in Deutschland — so schreibt beispielsweise der „Daily Herald“ — wird noch schlimmer gemacht, wenn man diese Entwicklung in England benutzt zur Verschiebung der Lausanner Konferenz, zur Verschiebung des Angriffs auf die Weltfriede.“ Welche Richtung in England schließlich den Ausschlag geben wird, kann nur die Zukunft lehren.

Reichstag und die Regierungsbildung. Das Reichskabinett hat den Etat noch nicht verabschiedet.

Der Ältestenrat des Reichstages, der am Dienstagmorgen zusammentritt, um zur Einberufung des Reichstages Stellung zu nehmen, findet durch den Sturz der Regierung Brüning eine völlig veränderte Lage vor. Da sich der Ältestenrat des Reichstages bisher immer auf den Standpunkt gestellt hat, daß Tagungen, sofern keine verhandlungsfähige Regierung vorhanden ist, zwecklos seien, dürfte der Reichstag an dem ursprünglich in Aussicht genommenen Termin, dem 6. Juni, kaum zusammentreten. Hinzu kommt, daß das Reichskabinett den Etat nicht mehr verabschiedet hat, so daß er vorläufig weder dem Reichsrat noch dem Reichstag zugehen kann.

Reichstagsausschüsse vorläufig abgesetzt.

Die politischen Ereignisse haben zu einer vorläufigen Unterbrechung der Arbeiten der Reichstagsausschüsse geführt. Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Reichstages, Abg. Heimann (Soz.), hat diesen Ausschussmitgliedern mitgeteilt, daß wegen der politischen Ereignisse die auf Dienstag, den 31. Mai 1932, anberaumte Sitzung des Haushaltsausschusses aufgehoben werde. Ein Termin für den Wiederbeginn der Arbeiten ist noch nicht genannt. Es ist anzunehmen, daß auch die übrigen Reichstagsausschüsse vorläufig ihre Tätigkeit unterbrechen.

Terror in Ostfriesland. Steuerfrei mit Gewalttätigkeiten.

Emden, 30. Mai. (Eigenbericht.)

„In einer der letzten Nächte wurde in Emden in dem Geschäftstotal des sozialdemokratischen „Volksboten“ das große Fenster der Buchhandlung eingeschlagen.“ Von ähnlichen Terrorakten wird Ostfriesland seit Wochen heimgeheuchelt. Etwa zwei Dutzend Gemeindevorsteher, die für die Beitreibung von Steuern sorgten, wurden in letzter Zeit nachts die Fenster ihrer Wohnungen eingeschlagen. In einzelnen Fällen wurden Fettel hinterlassen, in denen auf die Pflichterfüllung der Bürgermeister hingewiesen und weitere Terrormaßnahmen angekündigt wurden. Ähnlich erging es Leuten, die ihre Steuern bezahlten und damit nach der Ansicht der Terroristen den Steuerfrei sabotierten. Auch Landjäger, die sich an Zwangsbeitreibungen beteiligten und Vollzugsbeamte sind von den Terroristen, von denen bisher keiner einwandfrei festgesetzt werden konnte, ebenfalls heimgeheuchelt worden. Das Landratsamt Emden wurde ebenfalls nicht verschont. Außerdem wurde ein Bombenattentat auf die Beförderung eines Viehtransporteurs in Beer (Ostfriesland) unternommen, der im Auftrage der Vollzugsbeamten die Abtransporte des beschlagnahmten Viehs durchführte. Bisher hat man vergeblich auf die durchgreifenden Maßnahmen der Behörden gegen diesen Terror gewartet.

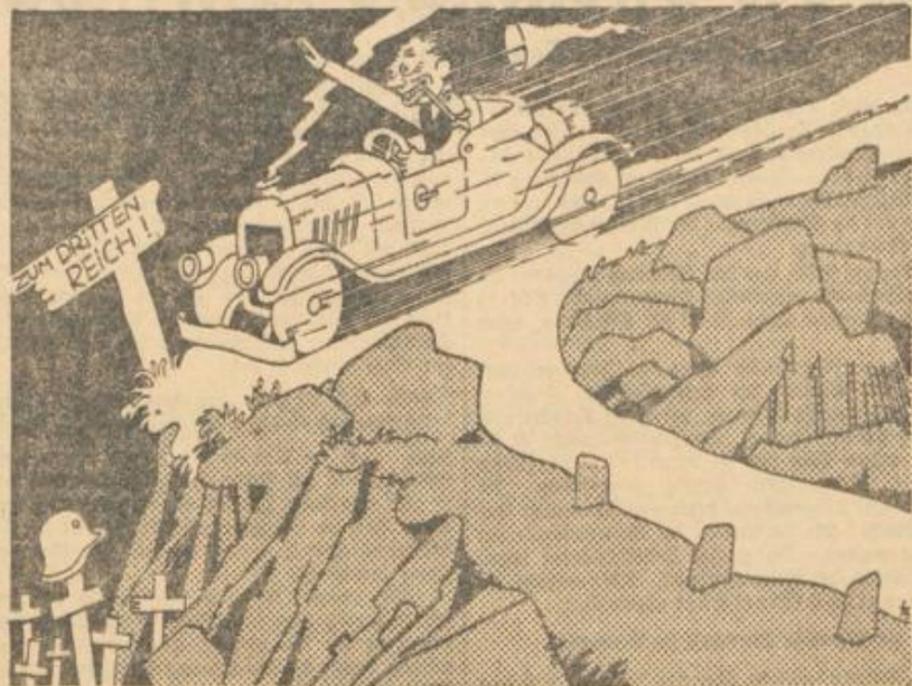
Gegen die Reichsbahn. Die Stadt Schneidemühl demonstriert.

Schneidemühl, 30. Mai. (Eigenbericht.)

Am Montagabend fand auf dem Marktplatz in Schneidemühl, dem Hauptort der Grenzmark Posen-Westpreußen, eine Riesendemonstration gegen die Abbaumaßnahmen und die Wirtschaftsdiktatur der Reichsbahnverwaltung statt. Die Veranstaltung war von etwa 10.000 Menschen besucht. Plakate und Geschäfte hatten zum Zeichen des Protestes geschlossen. Die gesamte Stadt erklärte sich mit den 500 Eisenbahnern solidarisch, die die Reichsbahn neuerdings entlassen hat. In dem Schneidemüher Arbeiterlager arbeiteten 1924 noch mehr als 2000 Arbeiter. Sie sind heute bis auf 700 entlassen, während in anderen Werkstätten der Provinz nur 8 bis 10 Proz. ausmacht.

An der Kundgebung nahmen Vertreter aller Parteien und der Behörden teil. Der Oberbürgermeister der Stadt Schneidemühl führte aus, daß man im Reich nicht vergessen dürfe, daß die Schneidemüher Bevölkerung in einer Gegend der Armut und in einer Härte des Klimas einen schweren Existenzkampf führt, daß die Bevölkerung schweres Opfer bringe und schwerste Verluste erleide. Schneidemühl, das Bollwerk an der Ostgrenze, habe eine besondere Mission zu erfüllen und dürfe nicht mit dem Wahnsinn anderer Städte gemessen werden. Deshalb müßten dieser Stadt die notwendigen Realquellen erhalten bleiben. Deshalb müsse die Reichsbahn die ausgeschriebenen Entlassungen rückgängig machen. Auch die Reichsbahn müsse sich an staatspolitische Notwendigkeiten halten. Die Demonstration verlange von den Behörden, daß sie nichts unversucht lassen, um den berechtigten Forderungen einer demütigenden Stadt Rechnung zu tragen.

Kopfüber hinab.



Michel: „Seit 1914 bin ich nicht mehr mit solcher Begeisterung in den Abgrund hineingerast!“

Die Bedingungen der Sozialisten. Große Aussprache auf dem Pariser Parteitag.

Paris, 30. Mai. (Eigenbericht.)

Der Sozialistische Kongress legte am Montag die Debatte über die Frage der Regierungsbeteiligung fort. In der Vormittagsitzung sprachen die drei Abgeordneten Lebas, Klotz und Vincent-Auriol, von denen nur der erste gemäß der Entschließung des Nord-Departements sich nicht sehr warm für die Beteiligung an einer Regierung Herriot einsetzte. Die interessanteste Rede war die Vincent-Auriols, der, wie er sagte, mit soliden Argumenten, die Opportunität der Mitarbeit an der Regierung darlegen wolle. Aber diese Mitarbeit müsse auf Grund eines Programms durchgeführt werden, das dem Willen der Wähler entspreche. Es müsse der Aufrechterhaltung des Friedens und dem wirtschaftlichen und sozialen Gleichgewicht gewidmet sein. Frieden und Abrüstung seien an die Frage der deutschen Reparationszahlungen gebunden. Die Formel Frankreichs: „Wir werden nur in dem Maße unsere Schulden an Amerika einrichten, in dem wir von Deutschland bezahlt werden“, sei eine retardierende Formel. Deutschland müsse wieder gutmachen. Aber man dürfe nicht vergessen, was es schon bezahlt habe. Die Reichsregierung behauptet, Deutschland habe schon das bezahlt, was es schulde. Die französische Regierung behauptet das Gegenteil. Um die Wahrheit festzustellen, genüge es, dem Vorschlage Blums betreffend eine internationale Sachverständigenuntersuchung

zu folgen. Dadurch, daß man, als es noch Zeit war, nicht die These des internationalen Sozialismus angenommen habe, habe man Deutschland alle internationalen Schulden aufgebürdet. Ein Land könne aber nur in dem Maße seines Uberschusses aus der Außenhandelsbilanz zahlen. Die wirtschaftliche Wiederanrichtung Deutschlands hänge von der wirtschaftlichen Organisation Europas ab und diese übersteige von der allgemeinen Abrüstung. Im übrigen verteidigte Vincent-Auriol die drei von Leon Blum in seiner Nordonner Rede angeführten Bedingungen für die Mitarbeit, die, wie aus seinen Darlegungen hervorgeht, Maßnahmen seien, die nicht durch den Willen der Sozialistischen Partei zur Debatte gestellt werden, sondern durch die Notwendigkeit, Mittel für die Ausbalancierung des Budgets zu finden. Die Verstaatlichung der Eisenbahn sei angesichts des Defizits der Gesellschaften nur eine Buchungsoperation. Das gesamte Versicherungswesen, Sozialversicherung, landwirtschaftliche Versicherung und die Privatversicherungen müßten in einem allgemeinen staatlichen Versicherungssystem zusammengefaßt werden.

Die Nachmittagsitzung brachte nach Reden der Abgeordneten Grumbach-Marguel und Deat, die sämtlich die Notwendigkeit der Beteiligung an der Regierung unter den obwaltenden außergewöhnlichen Umständen betonten und nach einer Rede Brocks, der seine große Begeisterung für die Mitarbeit zeigte, den Höhepunkt der Debatte mit einer Rede Léon Blums.

Der Führer der französischen Sozialisten zog gewissermaßen die Bilanz aus den gesamten Reden und legte unter fast einstimmigem Beifall des Kongresses die gegenüber den Radikalen in den nächsten Tagen einzunehmende Haltung dar. Blum erklärte, er müsse nicht nur für den Kongress sprechen, sondern für die gesamte Öffentlichkeit. Die von vielen Rednern ausgesprochene Meinung, daß das Ergebnis der Wahlen die Lage geändert habe und für die Mitarbeit unter allen Umständen spreche, teile er nicht. Das Wahlergebnis hätte zwar die Erwartungen übertroffen, aber es sei unter den berechtigten Hoffnungen geblieben. Die Sozialistische Partei hätte darauf rechnen können, daß ihre Fraktion die stärkste in der neuen Kammer werden würde. Dann hätte die Sozialistische Partei nicht nur die Führung der Staatsgeschäfte einfach übernommen, sondern sie hätte sie gefordert. Die meisten Bezirksverbände der Partei hätten in ihren Entschließungen zum Ausdruck gebracht, daß es unter den gegenwärtigen Umständen nicht möglich sei, die Hypothese der Beteiligung von vornherein abzulehnen.

Die Beteiligung entspreche den Wünschen der öffentlichen Meinung des Landes und werde auch vom Auslande erwartet.

Sie solle der Regierung einen belebenden Antrieb geben. Aber sie dürfe nicht ohne Bedingungen oder Garantien durchgeführt werden. Diese Bedingungen, die nicht für die Radikalen, sondern für die Sozialistische Partei selbst aufgestellt werden, müßten Tatsachen entsprechen. Es handle sich für die Partei nicht darum, wie andere Parteien in der Regierung zu sitzen. Ihre Beteiligung müsse mit einer Veränderung in innen- und außenpolitischer Hinsicht verbunden sein.

Blum sprach sich dann über die Bedingungen aus: Die erste sei die Abrüstung. Sie sei zugleich eine Frage der allgemeinen

Politik und der Budgetpolitik, ferner eine Vorbedingung für das Gelingen der Lausanner Konferenz. Die internationale Abrüstung sei heute mehr denn je notwendig, selbst, wenn nach der Demission Brünings ein Nazikabinett in Deutschland an die Macht komme. Frankreich dürfe durch Ablehnung der Abrüstung Hitler nicht einen Vorwand für die Wiederaufrüstung Deutschlands geben. Die Kontrolle der Abrüstung müsse durch die internationalen Organismen und die internationale Arbeiterschaft gesichert werden. Was die Lausanner Konferenz anbetreffe, so liege die Hauptfrage nicht in der Bezahlung der Reparationen, sondern darin, ob in Lausanne eine Zusammenarbeit der Völker und eine internationale Zusammenarbeit der Banken und der Großindustrien zustande komme. Die Frage der Verstaatlichung der Eisenbahnen werde schon in den nächsten Wochen aufgeworfen werden, wenn die Gesellschaften vom Parlament Maßnahmen zur Behebung ihrer Defizits verlangen werden. Die Verstaatlichung würde keinerlei neue Lasten für das Land mit sich bringen. Mit der Rationalisierung der Versicherungsgesellschaften sei daselbst der Fall, denn es müßten Mittel zur Weiterzahlung der Arbeitslosenunterstützung gefunden werden. Die Ausgleichung des Budgets sei nicht mit einer einfachen Einschränkung der Ausgaben, mit einer Verringerung der Gehälter und Löhne möglich. Die neue Regierungspolitik müsse dafür sorgen, daß der Verbrauch erhöht werde, damit die bisherigen Mindereinnahmen aus den Steuern verschwinden. Als weitere Bedingungen müßten die Einführung des Verhältniswahlrechts, das Verbot der privaten Waffenfabrikation und die Durchführung der 40-Stunden-Woche gefordert werden. Alle diese Bedingungen müßten ja formuliert werden, daß sie von den Radikalen angenommen werden können und sogar müssen. (Großer Beifall.)

Anschließend äußerte sich Blum über das weitere Verhalten der Partei. Das Programm für die Mitarbeit werde am Dienstag vom Kongress angenommen werden. Einer besonderen Mitteilung an die Radikale Partei bedürfe es nach seiner Ansicht nicht. Wenn die Radikale Partei, deren Exekutivauschuss am Dienstagabend zusammenkomme, dann mit Ja antworte, sei die Partei durch diese Antwort gebunden und der Kongress brauche nicht von neuem zu beraten. Wenn die Radikalen mit Nein antworten, sei die Angelegenheit für die Partei geregelt. Wenn die Radikalen ausweichende Antworten in dem Sinne: „Partei ab! Habt Vertrauen zu uns. Wir werden uns schon verständigen“ geben, dann bedeute das nach seiner Ansicht ebenfalls ein Nein. (Großer Beifall.) Wenn die Radikalen erklären, sie würden einen Punkt annehmen, einen anderen ablehnen und für einen dritten Gegenorschläge machen, dann müßte der Kongress von neuem entscheiden.

Grumbach fragte darauf Léon Blum, was geschehen werde, wenn die Radikale Partei antworte, sie wolle mit einer sozialistischen Delegation über das Programm verhandeln? Werde die Partei dann Ja sagen und dem Kongress die endgültige Entscheidung überlassen? Blum erwiderte, wenn es sich bei den Beratungen mit den Radikalen um nebenwichtige Punkte des Programms handle, dann habe er nichts gegen die Entsendung einer Delegation einzuwenden. Aber falls die Verhandlungen über den allgemeinen Rahmen des sozialistischen Programms hinausgehen, dann werde er Nein antworten. (Großer Beifall.)

Renaudel sagte darauf in etwas gereiztem Ton, er wolle nur eine Bemerkung machen, da er sich absichtlich nicht als Redner habe einschreiben lassen. Die Frage der Unterhaltung mit den Radikalen sei wesentlich. Werde man den Radikalen die Beschlüsse des Kongresses in Form eines Briefes übersenden, auf den nur mit Ja oder Nein zu antworten sei, oder werde man mit den Radikalen über die Bedingungen verhandeln? Die Anhänger der Beteiligung würden dem Kongress ein anderes Verfahren als das von Léon Blum vorgeschlagene unterbreiten, denn sein Verfahren mache jede Verhandlung unmöglich und komme der Ablehnung der Beteiligung gleich.

Die Intervention Renaudels rief lebhaften Widerspruch, vor allem auf den Zuschauertribünen, hervor. Was den Vorliegenden Vincent-Auriol zu der Erklärung veranlaßte, daß er eine Unterbrechung des Redners durch Nichtkongressmitglieder nicht mehr dulden werde. Blum beendete dann mit einigen allgemeinen Bemerkungen unter dem fast einstimmigen Beifall des Kongresses seine Rede.

Der Kongress ernannte dann eine Kommission, die in der Nacht zum Dienstag das dem Kongress zu unterbreitende Programm für die Regierungsbeteiligung ausarbeiten soll.

Um die öffentliche Wirtschaft.

Das Personal öffentlicher Dienste in London.

In London fand dieser Tage der achte Internationale Kongress des Personals öffentlicher Dienste statt. Im Mittelpunkt der Beratungen stand der Kampf um die öffentliche Wirtschaft. Daneben kamen zur Erörterung die Arbeits- und Organisationsverhältnisse der Berufsfeuerwehr, die Unfallfrage und die Eindämmung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung.

Die Londoner Tagung stellt eine Art Jubiläum dar; denn die Internationale des Personals öffentlicher Dienste wurde 1907 in Stuttgart gegründet. Damals zählte sie 45 000 Mitglieder, heute 600 000.

Den Geschäftsbericht für die letzten drei Jahre erstattete Müntner-Berlin, der Sekretär der Internationale. In England wie in Deutschland, betonte Müntner, haben die Arbeiter eine politische Schlacht verloren. Der Rationalismus ist im Vormarsch. Auf der andern Seite sind die letzten französischen Wahlen für die Arbeiterschaft günstig ausgefallen. In Spanien hat sich die Arbeiterschaft durch die Revolution Bewegungsfreiheit verschafft. Die Verbindung der Internationale mit Spanien ist gesehlt worden. Die großen Industrieländer leiden unter dem Zusammenbruch der Privatwirtschaft. Diese versucht, die Risiken auf die öffentliche Wirtschaft abzuwälzen.

Trotzdem ist die öffentliche Wirtschaft im Vormarsch.

Dr. Dprecht-Schweiz berichtete über den Kampf um die öffentliche Wirtschaft. Der Kampf werde zur Zeit in fast allen Ländern, vor allem aber in Deutschland, mit großer Schärfe geführt. Führende Praktiker mühten künftig in Verbindung mit Technikern und Verwaltungsfachmännern planmäßig für die öffentliche Wirtschaft wirken. Den Gemeinwirtschaftsfunktionären müsse von den Gewerkschaften und der politischen Partei mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Der Staat dürfe nicht mit Rotverordnungen für Lohnabbau eintreten; seine Aufgabe sei,

durch verstärkte öffentliche Wirtschaft das Wirtschaftsschaos einzudämmen.

Orlopp-Deutschland wies in der Aussprache darauf hin, daß in der öffentlichen Wirtschaft Deutschlands mehr als 2,7 Milliarden Mark investiert sind. In den Jahren 1925 bis 1929 sei eine Steigerung der Elektroindustrie in der öffentlichen Wirtschaft auf 87 Proz. erreicht worden, während die Privatindustrie die Produktion nur um 37 Proz. steigern konnte. Durch die Politik der Beratungskommission sei es der öffentlichen Wirtschaft nicht möglich gewesen,

in der Zeit der Konjunktur genügend Geld für langfristige Anleihen aufzunehmen. Daher seien die Städte in kurzfristige Schulden und damit in eine furchtbare Lage geraten. Einige Werke habe man durch Ausgabe von Aktien dem Privatkapitalismus ausliefern müssen, so das Vereinigte Elektrizitätswerk Westfalen und die Berliner Elektrizitätswerke. Die deutschen Städte hätten 1932 allein für Erwerbslose 1,5 Milliarden Mark an Unterhaltungen zur Verfügung stellen müssen; bereits 1925 seien 210 Millionen aus den Werken zu diesen Zwecken verwandt worden, 1930 sogar 480 Millionen. Gegen die Entkommunalisierung habe sich in Deutschland der Gesamtverband mit der Sozialdemokratie kräftig zur Wehr gesetzt, so daß

heute noch 86 Proz. der Gasindustrie, 78 Proz. der Elektroindustrie und 95 Proz. der Wasserwerke in der öffentlichen Hand

seien. Auch die Abwehr der Ferngasversorgung durch die Großindustrie habe mit Erfolg durchgeführt werden können.

In Stockholm ist, wie Nordgreen-Schweden mitteilte, in einem Jahr im städtischen Elektrizitätswerk ein Ueberfluß von acht Millionen Kronen erzielt worden. In Norwegen sind auch die Kinos kommunal.

Die vom Kongress einstimmig angenommene Entschließung über die öffentliche Wirtschaft fordert Verstaatlichung der Bodenschätze, der Naturkräfte und des Transportwesens, ebenso die Ausdehnung staatlicher und gemeindlicher Wirtschaft auf den Gebieten der Versorgung des allgemeinen Bedarfs. Eine Reform des Bank- und Kreditwesens müsse mit dem Ziel der Verstaatlichung angestrebt werden. Durch Schaffung zentraler Bankenämter in den einzelnen Ländern könne der Wiederaufbau der Wirtschaft erleichtert werden.

Die Arbeits- und Organisationsverhältnisse der Feuerwehr wurden von Großmus-Deutschland beleuchtet. Das Durchschnittsalter betrage infolge der großen Strapazen zur Zeit nur 17½ Jahre. Aus diesem Grunde werde in verschiedenen Ländern die einjährige Anrechnung des Dienstalters angestrebt. Besondere werde auch eine bessere Regelung der Wachdienstzeit und ebenso völlige Entmilitarisierung der Feuerwehr. Mitbestimmungsrecht bestehe in sehr verschiedenem Umfang. Selbstverständlich habe auch das Einkommen der Feuerwehrmänner in der Krise gelitten. Das Höchstaltersalter solle möglichst bis zum 55. Lebensjahre erreicht werden. — Die belgischen Delegierten wollten das Pensionsalter auf 50 Jahre festgesetzt wissen. Eine Entschließung im Sinne der von Großmus abgegebenen Darlegungen wurde vom Kongress einstimmig angenommen.

Kommunistischer Dolchstoß.

Ein Beitrag zur Einheitsfront bei den Steinarbeitern.

Von der Berliner Zehnstelle des Zentralverbandes der Steinarbeiter wird uns geschrieben:

Wie bekannt, stehen die Berliner Steinseher seit zwei Wochen in einem Abwehrstreik gegen den im Schiedspruch ausgesprochenen Lohnabbau. Dieser Streik ist auf allen Baustellen durchgeführt. Es wird nur dort gearbeitet, wo sich die Firmen unter schriftlich verpflichtet haben, bis zum Abschluß eines neuen Lohnvertrages die alten Löhne weiter zu zahlen.

An dem Streik sind auch eine kleinere Anzahl RSD-Leute und eine Anzahl unorganisierte beteiligt. Während der Zentralverband der Steinarbeiter seinen Mitgliedern laufend Streikunterstützung zahlt, ist die RSD dazu nicht imstande. Es wird nun mit den gemeinsten Mitteln von den kommunistischen Drogistehern versucht, in die Reihen der Streikenden Verwirrung zu bringen, um damit zu verdecken, daß sie weder willens noch in der Lage sind, einen Streik durchzuführen.

So erschien am Sonnabend in der „Roten Fahne“ und in der „Welt am Abend“ ein Artikel unter der Überschrift: „Den Steinsehern droht Streikerrat.“ Es wird da behauptet, daß der Streik der Steinseher „von der Gewerkschaftsbürokratie in der gemeinsten und hinterhältigsten Weise abgewürgt“ worden sei. Der Bevollmächtigte Genosse Ritsche sei in die Streikversammlung der Steinseher gekommen und habe gesagt, der Schiedspruch sei vom Schlichter für verbindlich erklärt worden, „weil er sonst seinen Posten verloren hätte“. Ritsche beabsichtige, auch die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs für die Steinseher zu betreiben.

Wir brauchen den Lesern des „Vorwärts“ nicht zu sagen, daß der Inhalt dieses Artikels erstunken und erlogen ist. Der Streik geht mit aller Schärfe weiter. Eine Verbindlichkeitsklärung ist weder ausgesprochen, noch gar von Ritsche verlangt worden.

Nach den langjährigen Erfahrungen, die mit der „Roten Fahne“ gemacht wurden, braucht man sich nicht mehr darüber wundern, daß jedem moralisch verarmten Menschen bereitwillig die Spalten zur Verfügung gestellt werden. Der Gewerkschaftsmann der kommunistischen Presse betrachtet es als eine revolutionäre Tätigkeit, dem Unternehmer in seiner Freizeit seine Arbeitstrost für Teppichköpfe, Instandhaltung des Gartens, Pflege der Kaninchenzucht, Hühnerfütterung usw. ohne Bezahlung zur Verfügung zu stellen, sich aber gleichzeitig in Versammlungen als größter Unternehmerfreier zu gebärden.

Der Zweck der ganzen Lügenhefte ist, unter den Streikenden Uneinigkeit zu erzeugen, den Streik zum Zusammenbruch zu bringen und nachher der Gewerkschaft die Schuld in die Schuhe zu schieben. Wir hoffen, daß den schamlosen Leuten der „Roten Fahne“ dieses Subversivität nicht gelingt und daß die Streikenden durch feste Solidarität in kurzer Zeit einen vollen Sieg erringen. Den Unternehmern und den feigen Verrätern zum Trost.

Schiedspruch für den Ruhrbergbau.

Lohnstarif unverändert verlängert.

Essen, 30. Mai. (Eigenbericht.)

Am Lohn- und Manteltarifstreik des Ruhrbergbaus wurde am Montag ein Schiedspruch gefällt. Er sieht eine Verlängerung des Lohnstarifs um zwei Monate vor. Der Manteltarif soll mit einigen Änderungen bis zum 31. März 1933 laufen. Die Nachverhandlungen finden am kommenden Donnerstag in Berlin statt.

Der Zehnerverband wollte die Tariflöhne herabgesetzt haben, sich jedoch verpflichten, daß nur ein Teil der Belegschaft von diesem Abzug betroffen werde, während der übrige größere Teil durch libertarische Löhne die alten Bezüge erhalten sollte. Da durch eine solche Regelung der Lohn des Arbeiters einseitig durch den Unternehmer bestimmt worden wäre, hätte ein klager Rechtsanspruch des einzelnen Arbeiters auf einen bestimmten Lohn nicht

mehr bestanden. Der Kernpunkt des Tarifrechts wäre damit entfallen.

Auch über die Möglichkeit, daß eine größere Zahl von Zehnen als bisher einem bestimmten Lohnabbau zu unterwerfen sei, wie das jetzt schon bei den Randzweigen der Fall ist, wurde verhandelt. Dielem Vorschlag stimmte jedoch keine der beiden Parteien zu.

Um es zu keinem tariflosen Zustand im Bergbau kommen zu lassen, brachte der Schiedspruch eine Verlängerung des Lohnstarifs um zwei Monate. Am Manteltarif wurde nur wenig geändert. Es wurde die Möglichkeit gegeben, über die Arbeitszeit im laufenden Tarif zu verhandeln, wenn über das Wehrarbeitsabkommen, das bis zum 30. September fällig ist, verhandelt wird. Die Bestimmung zur Verkürzung des Urlaubs um einen Tag wird gestrichen. Dafür wird die Urlaubsergütung für dieses Jahr auf 70 Proz. gekürzt, es darf jedoch kein besonderer Abzug bei eventueller Kurzarbeit gemacht werden.

Vorausichtlich werden die Gewerkschaften den Lohnschiebspruch annehmen, den Schiedspruch zum Manteltarif dagegen ablehnen.

Brauereien verständigungsbereit?

Im entscheidenden Stadium der Tarifverhandlungen.

In dem Streit mit dem Verein Berliner Brauereien über den Abschluß eines neuen Manteltarifvertrages für die Brauereiarbeiter scheint sich eine Verständigung zwischen den Tarifparteien anzubahnen. Wie Genosse Schmitz vom Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter in der kombinierten Mitgliederversammlung der Getränke- und Mühlenarbeiter sowie der Böttcher am Sonntag im Gewerkschaftshaus mitteilte, haben die Brauunternehmer in den mehrfachen Verhandlungen schon viele ihrer Abbauforderungen fallengelassen. Ueber den Inhalt der insgesamt 55 tief einschneidenden Abbauanträge der Brauunternehmer hatten wir im „Vorwärts“ bereits eingehend berichtet.

Die Forderungen der Unternehmer gipfelten bekanntlich in der Wiederabschaffung der Bierzigstundenswoche, der Umwandlung der Wochenlöhne in Stundenlöhne und damit der Abschaffung der Feiertagsbezahlung, der Verschlechterung der Ueberstundenbezahlung, des Urlaubs usw. Zu den jetzt noch strittigen Punkten gehören vor allem die bisherigen Tarifbestimmungen über die Arbeitszeit des Tourenfahrpersonals, die Bezahlung der Wochenfeiertage, Entlohnung, Ueberstundenbezahlung und Urlaub. In diesen Fragen bestehen zwischen den Parteien noch sehr weitgehende Differenzen.

Schmitz betonte, daß die Gewerkschaften weiterhin versuchen werden, zu einer freien Vereinbarung mit den Brauereien zu kommen. Er ließ aber auch keinen Zweifel darüber, daß jede Verständigungsbereitschaft schließlich ihre Grenzen hat. Von der Versammlung wurde vor allem zum Ausdruck gebracht, daß an der Forderung auf Beibehaltung der Bierzigstundenswoche unbedingt festgehalten werden müsse.

Dem Bericht schloß sich ein instruktives Referat des Redakteurs der „Einigkeit“, Genossen Lantes, an über die Bedeutung der Gewerkschaften in den bevorstehenden wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsläufen.

Der Mann mit der Stoppuhr.

Dreigespräch vor dem Mikrophon.

„Kann die Stoppuhr die Arbeitsleistung im Betrieb steigern?“ hieß das Thema, über das im Programm der Funkstunde Ministerialrat Professor Waldt, ein Betriebsingenieur und ein Metallarbeiter sich unterhalten wollten. Leider führte die Aussprache nicht zu einer übersichtlichen Klarstellung der Frage; denn es war, um auch dem nicht fachkundigen Hörer das Verständnis zu ermöglichen, Erläuterung einer großen Anzahl technischer Begriffe notwendig. Es wäre daher notwendig gewesen, diesem sehr zeitgemäßen Stoff etwas mehr Raum im Programm zu geben. Der Hörer gewann so nur einige Einsicht in die Art und

Weise, wie das für die Lohnfestlegung maßgebende Arbeits-tempo berechnet wird.

Der Betriebsingenieur erläuterte die vom Reichsausschuß für Arbeitszeitermittlung aufgestellte Methode, das auf dem Taylor-System aufgebaute Refa-System, das nicht nur auf Grund des von ihm ermittelten Arbeitstempos die Basis für die Akkordlöhne aufstellt, sondern das vor allem auch Arbeitsbeschleunigung durch Rationalisierung der menschlichen Arbeitsbewegung und durch Verbesserung der Arbeitswerkzeuge und Arbeitsaustattung erreichen soll. Von den Spannungen, die dabei zwischen Kalkulator und Arbeitenden entstehen, bekam man eine Andeutung in den Aussagen des Metallarbeiters, der über ungenügende Berücksichtigung der individuellen Leistungsschwankungen und der Verlustzeiten, die im Dienst der Arbeit, aber auch aus persönlichen Gründen unvermeidlich sind, Beschwerde erhob.

Daß „der Mann mit der Stoppuhr“ die Aufgabe hat, die Löhne zu drücken, wurde von dem Betriebsingenieur ausdrücklich bestätigt. Die Akkordvereinbarungen mit dem Meister, meinte der Metallarbeiter, waren häufig gerechter, weil dieser die Betriebsverhältnisse und die Besonderheit der verarbeiteten Materialien genau kennt, während der Kalkulator, der aus seinem Büro kommt, seine Aufgabe mehr als theoretisches Rechenexempel ansieht. Der Mehrverbrauch an Arbeitsfähigkeit, die eine so „rationalisierte“ Arbeitsmethode für den einzelnen Arbeiter zur Folge hat, wird heute nirgends berücksichtigt. Die gewerkschaftliche Forderung nach Arbeitszeitverkürzung müßte unbedingt erfüllt werden, schon um hier den unerläßlichen Kräfteausgleich zu schaffen.

Aufnahme von Arbeitslosen.

Ein Beschluß des Bergbauindustriearbeiter-Verbandes.

Die freien Gewerkschaften haben es bisher abgelehnt, arbeitslose Angehörige der Berufe, die zu ihrem Organisations- und Agitationsgebiet gehören, als Mitglieder aufzunehmen. Sie waren der Auffassung, daß der Arbeitslose während der Zeit, da er noch in Beschäftigung stand, Gelegenheit hatte, sich für den Eintritt in eine Organisation zu entscheiden.

In der letzten Zeit mehrten sich aber im Lager der freien Gewerkschaften die Stimmen, die diese Einstellung gegenüber den Arbeitslosen angesichts der anhaltenden Arbeitslosigkeit für überholt hielten und die Forderung erhoben, auch Erwerbslosen den Eintritt in die Gewerkschaften zu gestatten. In vielen Gewerkschaftszeitungen wurden über diese Frage Artikel veröffentlicht, die sich mit der Zweckmäßigkeit der Aufnahme von Erwerbslosen eingehend beschäftigten.

Auch im freigewerkschaftlichen Verband der Bergbauindustriearbeiter wurden solche Wünsche laut. Vorstand, Beirat und Kontrollausschuß dieser Organisation haben nunmehr eine Änderung des Verbandsstatuts beschlossen, die den Wünschen nach Aufnahme arbeitsloser Verbandsmitglieder Rechnung trägt. Mitglieder des Bergbauindustriearbeiterverbandes können ab 1. Juni nicht nur die Arbeiter werden, die in der Bergbau- und Salinenindustrie oder den unmittelbar dazugehörigen Nebenanlagen beschäftigt sind, sondern auch solche Arbeiter, die in diesen Industrien beschäftigt waren, zur Zeit aber arbeitslos sind. Auch solche Jugendlichen können Mitglieder des Verbandes werden, die zwar noch keine Berufswahl getroffen haben, aber gewillt sind, in der Bergbauindustrie Beschäftigung anzunehmen.

Diese Jugendlichen zahlen kein Eintrittsgeld, sofern sie sich innerhalb eines halben Jahres nach ihrer Schulabschluss zur Aufnahme melden. Die Arbeitslosen zahlen gleichfalls kein Eintrittsgeld. Der Verbandsbeitrag für die während der Arbeitslosigkeit aufgenommenen Mitglieder beträgt 5 Pf. pro Woche; zu diesem Beitrag können die Bezirke noch einen Bezirksbeitrag in gleicher Höhe erheben. Die während ihrer Arbeitslosigkeit dem Verbandsbeitretenden Mitglieder haben nur Anspruch auf einfachen Rechtschutz und Vieferung des Verbandsorgans.

Der Rücklauf bei Opel.

Kurzarbeit, Gehalts- und Urlaubsverkürzung.

Rüsselsheim, 30. Mai.

Die Opel-Werke haben sämtliche Angestellten mitgeteilt, daß vom 1. Juni ab eine Kürzung der Arbeitszeit für sie eintritt und damit eine weitere Gehaltsverkürzung um 5 bis 10 Prozent. Die vom Angestelltenrat gebilligte Maßnahme soll einer Entlassung von über 200 Angestellten vorbeugen. Die regelmäßige Arbeitszeit der Angestellten ist auf 35 Stunden wöchentlich, sieben Stunden arbeitsmäßig herabgesetzt. Für die in den Erzeugungsbetrieben beschäftigten Arbeiter wird bis auf weiteres eine wöchentlich zweitägige Kurzarbeit eingeführt (16 Stunden).

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Dienstag, 31. Mai, um 19½ Uhr, tagen die Gruppen: Gewerkschaftsjugend: Jugendheim, Gewerkschaftshaus, Engelshof 24-25. Ein Tag im Gefängnis. — Steglitz: Jugendheim, Hermannstr. 14b. Wilhelm-Busch-Arena. — Köpenick: Jugendheim, Bremer Str. 39-40. Die neuen Gewerkschaftsaufgaben in der Nachkriegszeit. — Spandau-Wilhelmsberg: Jugendheim, Sportplatz, Seeburger Straße. Der Abend gehört der Gruppe. — Prenzlauer: Jugendheim, Riffingstr. 18, Zimmer 5. Vortragsvorlesung: Grundbegriffe des Sozialismus. — Frankfurter Meer: Jugendheim, Utauer Str. 18. Beirater aus Bayern und Tirol. — Lichterberg: Jugendheim, Dörfle, 22. Vortragsabend. — Ostend: Jugendheim, Karlshoch, Trostschloß 44 (Kantstraße). Kein Arbeitszeit — mein Feiertag. — Wedding: Jugendheim, Willdenowstr. 5, 2 Treppen, Zimmer 11. Das lustige Buch — die lustige Schallplatte. — Mühlentempel: Jugendheim, Mühlentempel, Bismarckstr. 1. Heimbesprechung. — Wie spielen ab 18 Uhr: Kochkünstler: Sportplatz, Rehrberg. — Südküste: Sportplatz am Urban. Kochkünstler: Sportplatz, Humboldthof.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Dienstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Lichterberg: Jugendheim, Gunterstr. 44. Vortrag: „Was müssen wir vom Reichertag und vom Tarifvertragswesen wissen?“ Referent: Elert. — Köpenick: Jugendheim, Lehrtstr. 18-19. Schallplattenabend. — Gesundbrunnen: Jugendheim, Schönhaiderstr. 1. Vortrag: „Internationale Gewerkschaftsfragen“. Referent: Damm. — Unter Spandau: „Vortrag und Bewegungsförderung“ über von 20-22 Uhr in der Turnhalle, Baruther Str. 20. — Ziele im Ferien: Heute ab 18 Uhr Sportplatz, Rehrberg. — Sportabteilung Handballer: Trainingsspiele auf dem Sportplatz, Rehrberg.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Ringel; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Referent: Dr. John Schilowski; Kulturelles und Sonstiges: Fritz Karstadt; Einzelne: Th. Glöckl; Amtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68. Einzelhefte 2, Heft 2 Beilagen.

Kaffee Hag:

.. so gesund wie er gut ist

.. unübertrefflich,

aber nicht teurer!

Seit 1930
31%
billiger!

Unerträgliche Not der Mieter

So geht es unmöglich weiter

Die am 29. Mai 1932 zur Bundesbeiratsführung in Berlin versammelten Vertreter der Landes-, Provinzial- und Bezirksverbände im Reichsbund Deutscher Mieter e. V. (Sitz Berlin) haben eine Protestresolution angenommen, in der auf das schärfste gegen die sowohl von der Reichsregierung als auch von den Landesregierungen und den Gemeinden unter dem starken Druck des radikalen Hausbesitzes und seiner Freunde seit mehreren Jahren betriebene und gerade in neuester Zeit immer mehr verschärfte unsoziale Mieten- und Wohnungspolitik Einspruch erhoben.

In der Entschließung heißt es: „Trotz des katastrophalen Umfangs der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit und trotz der wiederholten starken Senkung der Gehälter und Löhne, der Renten und Unterhaltungen — unter gleichzeitiger harter Steigerung der Steuerlasten — ist die von der gesamten Mieterchaft seit langem geforderte und endlich angeordnete

Senkung der Mieten in den ersten Anfängen festgeblieben.

Die am 1. April 1932 eingetretene Senkung der Hauszinssteuer und mehrere Lockerungsmaßnahmen haben gerade für besonders hilfsbedürftige Mieter teils die Mietentlastung illusorisch gemacht, teils sogar darüber hinaus eine Mietsteigerung herbeigeführt. Ist die Mietentlastung in den Altbauten schon völlig unzureichend gewesen, so hat sich die Mietentlastung in den Neubauten, trotzdem die Neubausmieten erheblich über den Altbausmieten liegen, infolge der Verknüpfung mit der Zinsentlastung und infolge der Unterlassung wirksamer Maßnahmen zum Teil gar nicht, zum Teil nur in ganz geringem Umfang ausgewirkt. Die immer noch bestehende

starke Uebertreibung der Mieten führt zu immer größeren Mietrückständen und damit — trotz Steigens der Wohnungsnot — zu immer häufigeren Ermittlungen und zu Zusammenbrüchen gemeinnütziger Wohnungsunternehmen.

Der durch die Rotorordnung der Reichsregierung herbeigeführte völlige Abbau der Hauszinssteuer zugunsten des Hausbesitzes und die durch die gleichzeitige Entziehung der Hauszinssteuererträge erfolgte Drückung des Wohnungsbauwesens haben nicht nur dem entschuldeten Altbauwesen Mietengewinne in noch nie dagewesenem Umfang in den Schoß geworfen, sondern auch das Baugewerbe — einen wichtigen Bestandteil unserer Wirtschaft — fast völlig stillgelegt; hunderttausende Bauarbeiter haben das Arbeitslosennetz vermehrt, ganz zu schweigen von den Arbeitslosen in der Baustoffindustrie.

Eingeleitet durch die Rotorordnungspolitik der Reichsregierung, die sogar die Vorkriegsmieten in Mietfachen beilegt hat,

nimmt der Abbau des Mieterschutzes detarierte abjurde Formen an, daß z. B. in Thüringen bereits Wohnungen mit 15 M. monatlicher Friedensmiete als „leere Wohnungen“ gelten und den Mieterschutzbestimmungen nicht mehr unterliegen.

Trotz steigender Wohnungsnot, verschärft durch die Stilllegung der Neubauten, wird das Wohnungsmangelgefühl immer mehr außer Kraft gesetzt, unbestimmt um das Geld und die Not der Betroffenen. Die Unterbringung der Wohnungslosen erfolgt in vielen Gemeinden in durchaus menschenwürdiger Weise. Wohnstätten und Arbeitsstätte werden — entgegen den Bestimmungen des Artikels 133 der Reichsverfassung — immer mehr der berufsmäßigen Spekulation ausgeliefert. Die Vertreter der Mieterverbände im Reichsbund Deutscher Mieter fordern deshalb erneut und dringend von der Reichsregierung, den Landesregierungen und den politischen Parteien:

1. Sofortige weitere Senkung der Mieten für Wohn- und Geschäftsräume in Alt- und Neubauten bis auf die Höhe der Friedensmieten und Fortführung der Mietentlastung zur Anpassung der Mieten an die bis weit unter den Vorkriegswert verminderten Einkommen der Mieter. — 2. Gewährung von Mietzuschüssen

in Alt- und Neubauten für sozial bedrängte Mieter. — 3. Schnellste Inangriffnahme der Neubautätigkeit durch die Bereitstellung öffentlicher Mittel. — 4. Sofortige Wiederherstellung eines ausreichenden Mieterschutzes — unter Aufhebung aller Lockerungs-

verordnungen — bis zur völligen Beseitigung der Wohnungsnot. — 5. Schaffung eines zeitgemäßen sozialen Miet- und Wohnrechts als Dauerrecht nach den Forderungen des Reichsbundes Deutscher Mieter und Wiederaufbau einer Mietgerichtsbarkeit mit Laienbeisitzern. — 6. Kostlose Erstattung der Inflationsgewinne des Hausbesitzes. — 7. Schaffung eines gesetzlichen Zwanges für den Hausbesitz zur Durchführung der notwendigen Reparaturen. — 8. Reichsgeleiteten Ausbau der Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege.

Die vorgeschlagene Wohnraumsteuer lehnen die Versammelten erneut mit aller Entschiedenheit ab.

Prügelanstalt Waldhof.

Fürsorgezöglinge als Opfer von Sadisten/Sieben, Erzieher vor Gericht

Die Fürsorgeanstalt Waldhof bei Templin wird in der Geschichte der Anstaltsverwaltung der Inneren Mission mit zu den trübsten Kapiteln gehören. Die unglaublichen Zustände, die hier herrschten, stehen jetzt zur Verhandlung vor dem Schöffengericht in Prenzlau.

In Waldhof bei Templin gehörte die Züchtigung der Zöglinge neben der Hölleabteilung zu der hauptsächlichsten Erziehungsmaßnahme. Der Direktor der Anstalt Pastor Gruber ging dabei mit schlechtem Beispiel voran; auch ihm rutschte die Hand beim geringsten Anlaß aus — er verdankt wohl nur einem glücklichen Zufall, daß nicht auch er auf der Anstaltsbank sitzt —; er wußte, daß seine Erzieher prügelten, er duldete es und bat sich zum mindesten moralisch mitschuldig gemacht. Am schlimmsten trieb es aber mit seinem Wissen sein Stellvertreter Franke. Die Erlasse des Wohlfahrtsministeriums, insbesondere der Erlaß von 1929, der die Züchtigung schulenlassener Fürsorgezöglinge verbietet, wurden einfach ignoriert. Die Erzieher und die pädagogisch vollkommen unvorbereiteten Landwirte wußten sich nicht anders zu helfen, als durch Mißhandlung der Zöglinge. Daß sich unter diesen auch Schwachsinnige und schwere Psychopathen befanden, auch solche, die von den Eltern unmittelbar in die Anstalt gebracht wurden, hätte sie nicht; sie prügelten lustig darauf los. Man kann hier ohne Uebertreibung von Sadismus reden.

Angeklagt sind die Erzieher Willi Frank, Wenda und Knudlauch, die Landwirte Stein, Küchenmann und Japp und der Wohlfahrtspfleger Terzler, Terzler und Knudlauch in der Hauptsache wegen sittlicher Verfehlungen gegenüber den Zöglingen, die übrigen wegen körperlicher Mißhandlung mittels gefährlichen Werkzeugs.

Dem Stellvertreter des Pfarrers Gruber, Franke, werden zehn Fälle von Mißhandlung zur Last gelegt — die „unbedeutenden“ Fälle hat die Anstalt überhaupt unter den Tisch fallen lassen. Das gilt für sämtliche Angeklagte. Wie machte es aber zum Beispiel der „Erzieher“ Franke? Dem Fürsorgezögling W., der seit neun Jahren in der Anstalt war, verleierte er, bloß weil dieser widersprochen hatte, einen Faustschlag ins Gesicht und warf nach ihm mit einem Schlüsselband; dem Jungen wurde dabei die Ohrmuschel durchbohrt. Er war aus der Behre davon gelaufen und hatte ein Fahrrad gestohlen. Franke bedeckte seinen Körper mittels eines Gummischlauches mit Striemen und schlug an ihm einen Schemel entzwei. Den körperlich zurückgebliebenen 19jährigen Sch. bearbeitete er mit einem armdicken Stück Holz. An dem psychopathischen Zögling K. brach er eine Latte entzwei. Den Jungen B. stieß er gegen die Tür und verurteilte bei ihm Rosenbluten. Auf H. schlug er mit der Faust ein, bis der Junge zu Boden fiel, und bearbeitete ihn dann mit Füßen. W., der 30 Mark vertrunken hatte, bekam Franke's Lederriemen auf dem bloßen Hemd in einer Weise zu spüren, daß sein Körper noch lange Zeit blutunterlaufene Striemen zeigte. In gleicher Weise wurde von ihm Sch. in Behandlung genommen.

Das war also Franke. Und die übrigen Angeklagten: Dem 27jährigen Erzieher Wenda werden drei Fälle zur Last gelegt.

Den Zögling J. bearbeitete er mit einem Hakenstiel; als er ihn auch zu Boden werfen und mit Füßen treten wollte, wurde er daran von den anderen Zöglingen gehindert. Den 16jährigen B. schlug er mit einem Emaillefordedel auf den Kopf und verleierte ihn am Ohr. Dem 19 Jahre alten B. verabschiedete er Ohrspeichen und warf ihm die Treppe hinunter; der Junge trug eine Knieverletzung davon. Wenda hatte auch schon früher einmal einen Zögling die Treppe hinuntergeworfen.

Dem Landwirt Küchenmann wurde der 14jährige K. pagig; der „Erzieher“ schlug ihn mit seinem Sappierstock auf das Gesicht, der Junge wollte sich dagegen schützen, indem er die Hand vorhielt; ein Schlag brach ihm den fünften Mittelknochen. Pfingsten 1929 schlug Küchenmann in der Strafabteilung den 18jährigen P. über den bloßen Körper; die blutigen Striemen ploßten und verurteilten dem Jungen gräßliche Schmerzen.

Der Angeklagte Japp bearbeitete einem schwächlichen Zögling, der ihm vorgelegen haben sollte, er habe die Küche bereits gefüllt, mit einem armdicken kantigen Holz Kopf, Schulter und Handgelenke. Dann nahm er ihn am Kragen und stieß ihn mit so großer Wucht gegen die Steinmauer, daß ein Stück ausbrach. Der Junge trug Beulen am Kopf und Schwellungen an den Handgelenken davon; es mußte ihm ein Verband angelegt werden, er war mehrere Tage arbeitsunfähig.

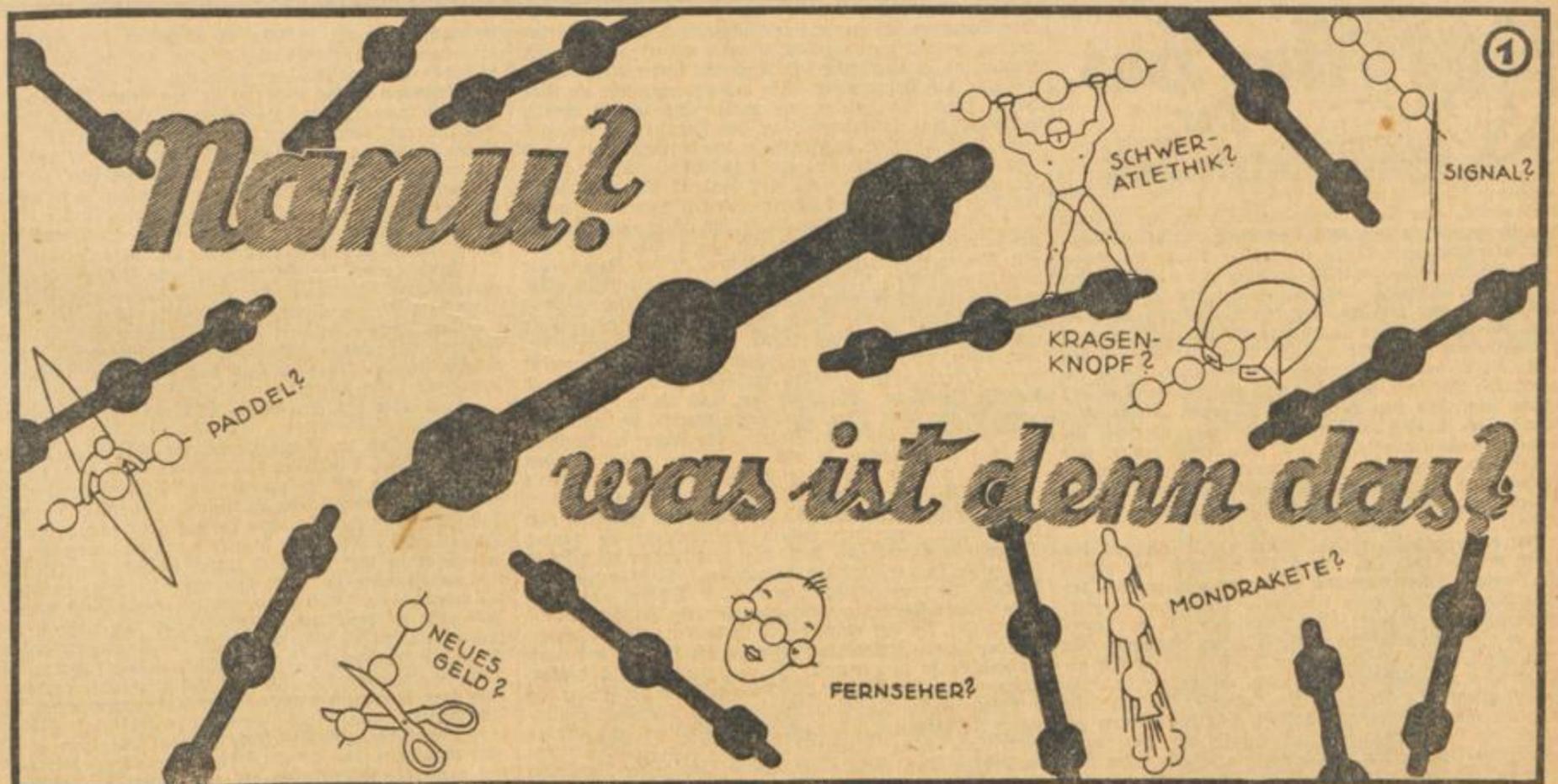
Und schließlich der Lehrer Stein. Auch er verurteilte einem Zögling Armverletzungen und Quetschungen. Die sittlichen Verfehlungen der Wohlfahrtspfleger Terzler und des Erziehers Knudlauch an den Jungen vervollkommen nur das Bild von den in dieser Anstalt der Inneren Mission herrschenden Zuständen.

Pfarrer Gruber ist heute noch im Dienst, er wird vor Gericht als Zeuge erscheinen. Aufser ihm sind noch 69 Zeugen geladen, zum größten Teil Zöglinge der Anstalt, aber auch mehrere Persönlichkeiten vom Landesjugendamt, unter anderem Frau Wenzl, Obermagistratsrat Dr. Knauth und Wiana Todenhagen. Eine Reihe von Sachverständigen wird ihre Gutachten erstatten. Für die Verhandlung sind vier Tage vorgesehen.

Kommunist von Nazis niedergestochen.

Im Osten Berlins in der Blumenstraße wurde gestern abend ein Kommunist von sechs Falenkreuzlern überfallen und niedergestochen. Der Verletzte wurde über die Rettungstelle ins Krankenhaus gebracht. Vier Täter wurden vom Ueberfallkommando festgenommen und der Politischen Polizei übergeben. Kurze Zeit darauf entspann sich in der Markussstraße eine blutige Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, bei der es mehrere Verletzte gab. In diesem Falle wurden drei an der Schlägerei Beteiligte festgenommen.

Sturmflut in Swinemünde. Ein schweres Unwetter ging über Swinemünde nieder. Große Strand- und Anlagenstrecken wurden überflutet und zum Teil schwer beschädigt. In vielen Häusern steht Grundwasser.



Schon morgen werden Sie mehr darüber erfahren!

Raffiniertes Bestechungssystem.

Die Geschäfte der Sklarefs.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weissenberg setzte am Montag seine Anklagerede fort, in deren Verlauf er auch zu dem gegen die Sklarefs erhobenen Vorwurf der aktiven Bestechung und des Konkursverbrechens pödierte.

Zunächst beschäftigte er sich mit den Pflichtwidrigkeiten des Angeklagten Bürgermeister Schneider und wandte sich alsbald dem Angeklagten Bücherrevisor Luding zu, der als Beamter des Finanzamts bewußt die Augen geschlossen und den Sklarefs bei ihren Steuererschleierungen geholfen habe. Er habe dafür Garderobe und Barzumendungen in Höhe von 6800 Mark bekommen, sich also der passiven Bestechung schuldig gemacht.

Der Staatsanwalt beschäftigte sich hierauf mit dem gegen die Gebrüder Sklaref erhobenen Vorwurf der aktiven Bestechung und erklärte, daß alle drei in gleicher Weise an den Zumendungen beteiligt seien. Sie hätten den Beamten je nach ihrem Einfluß und ihrer Stellung Vorteile gewährt, wenn sie sich selbst davon etwas versprochen. Leo Sklaref habe das auch sehr drastisch einmal in der Verhandlung mit den Worten: „Du mir, ich dir“ ausgedrückt.

Die Sklarefs hätten geradezu ein raffiniertes Bestechungssystem ausgeklügelt und die Beamten durch die Kostpreise der Geschenke und Reingewinne in ihre Reize gezogen.

Einen weiteren Abschnitt des Plädoyers nahm die Erörterung der finanziellen Lage der Sklarefs in Anspruch. Ihr Umlauf habe zunächst einige Millionen betragen, während ihre Schulden von 366 000 Mark im Jahre 1924 auf 9,8 Millionen Mark im Jahre 1929 gestiegen seien. Systematisch sei alles nur verfügbare Geld aus dem Geschäft herausgezogen worden. Zur Verhinderung habe ein besonderes Buchungssystem gedient.

Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft sei ein Indizienbeweis vorhanden, daß die Sklarefs Vermögenswerte beiseitegeschafft und irgendwo als Reserve verborgen haben. Diese Ansicht werde durch die Aussage des Mitangeklagten Buchhalter Lehmann gestützt, daß die Sklarefs Privatentnahmen in Höhe von über 11 Millionen gemacht hätten, so daß auf jeden 3,7 Millionen entfielen. Eine derartige Summe hätte nicht einmal bei dem Aufwand der Sklarefs durchgebracht und verprakt werden können. Doch sie noch Mittel hinter sich hätten, gehe auch aus ihrer jetzigen Lebensführung hervor und aus der Tatsache, daß sie

auch jetzt noch drei Villen mit großen Wohnungen bewohnten.

Auch die Aushörung Leo Sklarefs gegenüber der Frau Seidler: „Jetzt ist es Zeit, etwas beiseitezuschaffen“, bestätigt diese Annahme der Anklage. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weissenberg kam zu dem Ergebnis, daß die Angeklagten Leo und Willy Sklaref den Tatbestand des Konkursverbrechens zum Schaden ihrer Gläubiger erfüllt hätten.

Die Verhandlung wurde dann auf Mittwoch vormittag vertagt. Der Strafentwurf ist vielleicht am Montag nächster Woche zu erwarten.

1240 Menschen flogen über den Ozean.

Während mit der Heimkehr des Do X der Flug mit dem größten „Schwerer-als-die-Luft-Flugzeug“ seinen glücklichen Abschluß findet, tagte gleichzeitig in Rom der Kongreß der Ozeanflieger. Beide Ereignisse rechtzerrigen einen kurzen Rückblick auf die bisherigen Etappen des Ozeanfluges.

Es ist wirklich schon 13 Jahre her, seit der Kampf um die Besetzung der Ozeane mit Flugzeug und Luftschiff in voller Schärfe entbrannte. Die Zeitgenossen haben schnell vergessen, daß bis heute schon weit mehr als 1000 Menschen mit Flugzeug und Luftschiff die Ozeane in den verschiedensten Richtungen überquerten. Allein mit Luftschiffen wurden bisher 31 Fahrten über den Ozean durchgeführt. Mit Flugzeugen wurden bisher 108 Flüge über den Ozean glücklich durchgeführt, an denen vorwiegend Vertreter der europäischen Nationen, neben den deutschen Fliegern vor allem Italiener, Engländer, Spanier, Schweden und auf der anderen Seite eine große Zahl von Fliegern aus den Vereinigten Staaten, zuletzt Wih Carhart beteiligt waren. Von den 1240 Menschen, die über den Ozean flogen, entfällt der weitaus größte Teil auf die Luftschiffe „ZR 3“, die heutige „Los Angeles“, und auf den „Graf Zeppelin“, die bei ihren bisherigen Fahrten ein-

Angriffe gegen Rundfunkintendant.

Ein Prozeß um einen Roman.

Der frühere Aufsichtsratsleiter Reinhold Scharke übernahm vor fünf Jahren die Redaktion der bürgerlichen Funkezeitung „Die Funkewoche“, die damals unter Ausschluß der Öffentlichkeit erschien. Ihre Auflageziffer hob sich erst, als der neue Schriftsteller sensationell aufgemachte Angriffe gegen die Intendanten der Berliner Funkstunde richtete, die in dieser Form ebenso unglücklich wie unzuverlässig waren. Wiederholt hat der „Volksfunk“ gegen die mangelhaft begründeten Angriffe Stellung nehmen und darauf hinweisen müssen, daß sich die sozialdemokratische Hörerschaft in keiner Weise mit einer Kritik identifizieren könne, die einer sachlichen Auseinandersetzung mit der Programmleitung nur Schaden würde.

Vor einigen Monaten wollte Scharke einen Rundfunkroman veröffentlichen, der jedoch von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt wurde. Jetzt hatte sich der Autor und sein Verleger vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Beleidigung und übler Nachrede gegen den Intendanten der Berliner Funkstunde, Dr. Fleisch, der durch Dr. vom Berg vertreten wird, zu verantworten. Während der Vergleichsverhandlungen, die der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Rargraf, anregte, erklärte der als Nebenkläger zugelassene Dr. Fleisch, daß die Beschlagnahme des Buches nicht etwa erfolgt sei, um einen unangenehm kritischen Mundstich zu machen. Die Anzeige der Rundfunkverwaltung sei vielmehr notwendig geworden, weil dem Berliner Rundfunkintendanten schwere dienstliche Verletzungen vorgeworfen worden sind, die ihm in der Öffentlichkeit Schaden könnten. Es stellte sich nämlich heraus, daß das Buch den Eindruck eines Schlüsselromans erweckt, in dem fast

allen leitenden Persönlichkeiten des Berliner Rundfunks eine mehr oder weniger üble Rolle angedichtet wurde. Der Beschlagene Scharke befreit jedoch, einen Schlüsselroman geschrieben zu haben, eine Feststellung, die ebensowenig glaubhaft klingt wie die Erklärung seines Verlegers, der den Inhalt des Buches vor der Drucklegung nur zum Teil gekannt haben will. Die Vergleichsverhandlungen scheiterten. Vor Eintritt in die Beweisaufnahme stellt der Verteidiger des Beschlagenen, Dr. Saß, zur Heiterkeit der Zuhörer den Antrag, den Roman nicht nur zu verlesen, sondern die Vorlesung auch durch Rundfunk zu verbreiten. Der Verteidiger verlangt ferner, den nationalsozialistischen Schriftsteller Hans Heinz Ewers als Sachverständigen darüber zu hören, ob das Buch als Schlüsselroman zu werten sei. Das Gericht begnügte sich mit der Vorlesung des Romans, die von dem Anklager der Funkstunde, Janetzki, vorgenommen wurde. Es handelt sich um einen literarisch schlecht zu bewertenden Roman, der sich mit allen möglichen „Antimitäten“ beschäftigt. Jeder auch nur halbwegs unterrichtete Leser würde die in dem Buch bezeichneten Personen ohne weiteres mit Dr. Fleisch und anderen Persönlichkeiten des Rundfunks verwechseln.

Am Laufe des Prozesses macht sich mehr und mehr eine politische Tendenz bemerkbar, die der Verteidiger des Beschlagenen durch den Ausruf „Deutsch der Rundfunk!“ bekämpft. Das Buch Scharkes, von dem übrigens 60 Exemplare in der Druckerlei gestohlen wurden, ist gegen „das heutige System im Rundfunk“ gerichtet und schließt in der Einleitung mit den Worten „Die Welle meinte“.

Der Prozeß wird auf heute, Dienstag, vertagt.

schließlich der Befahrung rund 900 Menschen über den Ozean trugen. Von den Flugzeugen hatte der oben heimgekehrte Do X die größte Zahl von Menschen während einer Ozeanüberquerung an Bord, und daher werden die Erfahrungen, die auf diesem Fluge gesammelt werden konnten, für die Zukunft der Ozeanflüge von besonderer Bedeutung sein.

Wieder ein Jahr Zuchthaus für Strecker.

Die Strafe soll niedergeschlagen und gelöscht werden.

Das Schwurgericht in Potsdam unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Hellwig verurteilte den 70jährigen Schriftsteller Karl Strecker wegen Brandstiftung in Lateinzeit mit Versicherungsbetrug wiederum zu der Mindeststrafe von einem Jahr Zuchthaus.

An der Urteilsbegründung hob der Vorsitzende hervor, daß es dem Schwurgericht sehr schwer gefallen sei, den Urteilspruch zu verkünden, da den Richtern bei der Vertändung eines Freispruches wohl gewesen wäre. Die Rechtsprechung verlange aber, daß ein Wahnsinn angelegt werden müßte, den der Befehlgeber aufgestellt habe. Das Schwurgericht habe zwar keinen Zweifel, daß der Angeklagte an seine Angaben selbst glaube, aber nach sorgfamer Prüfung könne das Gericht diesen Angaben nicht folgen. Das Motiv der Brandstiftung sei der Wunsch gewesen, die Versicherungssumme zu erlangen. Da die Triebfeder hierzu der Wunsch war, seine Frau nach seinem Tode nicht mittellos zurückzulassen, sei das Motiv durchaus geeignet, auch einen ehrenhaften Mann in solch schwerer seelischer und wirtschaftlicher Notlage zu einer derartigen Tat zu bringen, die seiner eigentlichen Persönlichkeit vollkommen fremd gewesen sei. Die Tat sei das einmalige Ereignis im Leben eines sonst tadellosen Menschen, der für seine Familie und für die Allgemeinheit viel geleistet habe. Da die Mitglieder des Gerichts die Tat als Menschen anders beurteilten, als sie sie als Richter beurteilen müßten, wolle das Schwurgericht von sich aus ein Gnadengesuch für den Angeklagten einreichen und beantragen, die Zuchthausstrafe in eine Gefängnisstrafe zu verwandeln, die Gefängnisstrafe dem Angeklagten voll zu erlassen, die die Strafe aus dem Vorstrafenregister zu tilgen, da das Gericht nicht den mindesten Zweifel habe, daß

dieser Angeklagte niemals wieder die leiseste Übertretung des Gesetzes vornehmen würde.

Die verzeihende und verziehende Menschlichkeit der Richter soll keineswegs getadelt werden, wohl aber ist zu wünschen, daß alle Angeklagten, denen es so geht wie Strecker, ebensolche menschlichen Richter finden mögen.

Hackbeil-Aktien verschwunden.

Nachdem der frühere Generaldirektor Guido Hackbeil von der Hackbeil A.-G. vor einigen Wochen aus der Untersuchungshaft, in der er wegen des Verdachts des Betruges, der Urkundenfälschung und der Bilanzverschleierung lag, mangels hinreichenden Tatverdachts entlassen wurde, sind auf bisher ungeklärte Weise beim Konkursverwalter 13 Geschäftsbücher aus dem Jahre 1928 verschwunden.

Erkrankung des Oberbürgermeisters.

Oberbürgermeister Dr. Sahm ist seit Dienstag vergangener Woche wegen einer fieberhaften Halsentzündung bettlägerig. Der behandelnde Arzt, Sanitätsrat Dr. Wshoff, hat erklärt, daß mit der Wiederaufnahme der Dienstgeschäfte frühestens Anfang nächster Woche zu rechnen sei.

4000 Krawatten gestohlen.

In der Nacht zum Montag statteten Einbrecher zwei Herrenorttelgeschäften im Osten Berlins und in Neukölln einen völlig unerwarteten Besuch ab und stahlen dabei insgesamt 4000 Krawatten. Die eine Kolonne drang in die Räume der Firma Herbst in der Großen Frankfurter Straße 83 ein, die andere suchte das Geschäft von Margulies in der Bergstraße 150 auf. Außer den Krawatten nahmen die Täter noch zahlreiche Oberhemden mit.

„Hundesteuermarken!“ Der Deutsche Tierchutzverein teilt uns mit, daß der Termin, bis zu welchem die vorjährige Hundesteuermarken noch Gültigkeit hat, auf den 31. Mai festgelegt ist. Hunde, welche nach diesem Tage mit einer Steuernummer von 1931 und rückliegend von den Fangbeamten des „Amtlichen Hundefangs“ angetroffen werden, werden von diesen eingekerkert und als Fanghunde behandelt, „da sie nicht mit einer gültigen Steuernummer versehen waren“.



Oskar Wöhrl
Jan Hus.
Der letzte Tag

Und vorhin, eine Viertelstunde vielleicht, ehe die Böhmen sich meldeten, als er den wütenden Krach mit der Königin hatte, da brachte diese Wespe eine grüne Raupe mit angeschleppt, die sie mit vielem Flügelgeräusch in die kleine Nöhre versenkte. Er, Sigmund, hatte mitten im zornigen Schreien aufgehört und war ins Fenster getreten, weil ihm die gelb-beinige Räuberin mit der Rittertaule plötzlich wichtiger war, als das Gefesse mit einer bodigen Frau. Er hatte lachen müssen, als er dahintergekommen war, was das Ganze bedeutete. Die Dummen, mögen sie auch zehnfach an Maß und Gewicht sein, sind die Beute der Klügeren. Wespe oder Wurm? Das ist hier die Frage. Nein, nicht Eier sich ins lebendige Fleisch legen lassen, nein, den Köffel bewegt und die Tonröhre gebaut, die Flügel gerührt und den Stachel hergeholt, was die Welt beut, und diese Beute in die Nöhre geschleppt und diese für die nachkommende Brut verdeckelt! Brut?

Hat er denn selber welche? Wieder fällt Sigmund der Auftritt mit Barbara ein. Wozu dieser Kampf, der täglich mehr Nerven kostet? Ist das Ergebnis denn wirklich des Aufwandes wert? Mag sie ihre Wege gehen, wie sie will; mag sie sich einen Vereiter, einen Stallknecht ins Bett legen, wenn sie nichts anderes findet! Er selbst tut's genau so. Er nimmt jede Schürze, die ihm in den Griff läuft. Jählich gesteht er sich ein: vielleicht ist das das einzige, wofür er in die Welt geht! In dieser Bimmelweise, die sich Erde nennt, wo alles mit Drang nach Fraß und Vermehrung gefüllt ist, bis in die winzigste Jede hinein, wo alles rennt, seine Sächte loszuwerfen, da gibt es kein mönchisches Abseitsstehen. König sein, regieren, sich die widerstrebendsten Rücken beugen, jamohl, auch das ist Lust, aber es ist die mindere. Die Hauptsache ist ihm der Sprung in die Kreatur, das Kindermachen. Die Begier nach einem Sohn sitzt in ihm,

Von Barbara hat er nur eine Tochter, und selbst bei diesem armen, verwahtenen Geschöpf ist nach allem, was er weiß, fraglich, ob sie überhaupt sein Kind ist. Sicher weiß er nur das eine, daß Barbara von Cilly von ihm nie mehr ein Kind haben wird. Er hat es ihr vorhin ins Gesicht hineingeschrien, ganz unbekümmert um den Kanzler nebenan, niemals mehr wird er sich zu ihr in ihr hurisches Bett legen! Ihr Vogelgesicht hatte nur ein verächtliches Lächeln gehabt für seine Drohung. Er wird den Eindruck nicht los, als ob sich diese verfluchte Ehebrecherin heimlich noch lustig mache über ihn. Schon seit Jahren ist sie ihm völlig entglitten. Er hat sie nicht mehr in der Hand, das ist es! Das einzige, womit Weiber gegängelt werden können, ist der Respekt vor dem Mann. Diese Angst, die bisweilen zur tierischen wird, die aber das Maß gewährleistet und den Abstand. Zwei Dinge nur gibt es für einen Mann, mittels deren er über ein Weib Meister werden kann: Geld oder Potenz, oder, noch besser, womöglich beides. Geld schaltet von vornherein neun Zehntel aller Konflikte aus. Ist Geld im Haus, so brozzelt die Küche. Ist jedoch kein Geld da, so stürmt der Unfriede aus jeder Ritze. Und er, Sigmund, hat nie Geld. Ihm zerrinnt es unter den Fingern, wie Schnee im April. Er mag heranschaffen, so viel er will, er mag's mit den listigsten, mit den schäbigsten Mitteln begreifen, er kann's nie zum Bleiben zwingen. Der Teufel weiß, es war doch ein glänzender Trick, anlässlich der Papstwahl Friedrich dem Oesterreicher unter dem Schein des Rechts die ganzen Erblande wegzunehmen, doch wie lang haben die gelöstten siebenzigtausend Goldgulden vorgehalten? Nicht ganze sechs Wochen. Er muß sich schon wieder den Schädel zerbrechen, irgend etwas Geldbringendes zu verpflanzen. Da sind zu viele alte Lächer, die erst gestopft werden müssen. Kein Wunder, daß bei diesem Zustand der Finanzen die Königin mit ihren Ansprüchen zu kurz kommt. Er muß zuerst an sich denken. Denn gibt er ihr Geld in ihre schönen, schlanken Finger, sie bringt's noch schneller unter Schuster und Schneider, Seifenzieher und Spezereienbereiter, Goldschmied und Juweliere. Nicht umsonst behauptet sie frechmäulig, Pasteten wären ihr liebstes Brot. Schade nur, daß sie nicht in der Liebe nach diesem Wahrspruch handelt. Da ist ihr Geschick umgekehrt, da zieht sie das gewöhnlichste Brot dem vornehmsten vor. Nein, sie ist keine Frau für ihn, eher eine Feindin. Denn von ihr kommt ihm Schande. Wenn schon über den Hag ge-

sprungen sein muß, so ließe sich vorstellen, daß ihre Bettgeschichten seiner Politik nützlich sein könnten. Aber sie ist ja keinen Vernunftgründen zugänglich.

Sigmund kommt nicht mehr dazu, seine Gedanken zu Ende zu spinnen; denn die Stille, die nach Herrn Keptas Rede eintritt, bringt ihn wieder zur Stunde zurück. Alles hinter sich lassend wie Schlaf und Traum, sitzt er heiläugig und wach in der Wirklichkeit. Wieder einmal zeigt sich seine glückhafte diplomatische Begabung, abzubiegen und der gefährlichsten Situation die Schärfe zu nehmen. Wieder ist sein berühmtes Lächeln da, das versteht, in das Mißtrauen und in den Unmut des Gegners Breche zu schlagen.

Eben kommt die Schlupfwespe am Fenster mit einer neuen Raupe. Sigmund sieht, wie die Gelbheine sich müht, ihr widerstrebendes Opfer in die Nöhre zu winden.

Sein Lächeln verstärkt sich. „Wespe oder Wurm!“ denkt er nochmals. „Behre dich, dummes, feistränkiges Käuplein, binnen weniger Minuten wirst du die feindlichen Eier im lebendigen Leibe haben!“

Laut aber sagt er, seinen Blick voll auf die Böhmen wendend:

„Recht hast du, Ritter Kepta. So hab ich in der Tat damals geredet, kein Wort stand anders. Und doch, du vergißt eines, und das scheint mir das Wichtigste zu sein: seit dem Damals und seit dem Heute liegt eine volle Mondreise. Kein Mensch ist geboren, ewig der gleichen Meinung zu sein. Auch ich nicht. Mich hätte damals der Zorn überrannt. Ich gebe offen zu, wer will mich darum schelten, die Rede war eine unbedonnene Heftigkeit vor mir. In ruhiger Stunde, bei vernünftiger Ueberlegung, hat sie mich gereut. Aber ich hab's nicht bei der Reue bewenden lassen. In meinem Auftrag zu einem Teil und mit meiner Billigung zum andern, ist in der Zwischenzeit verschiedentlich versucht worden, den Magister umzustimmen. Ich muß gestehen, leider vergeblich. Nun aber, Herren, wie wäre es, wenn ihr einen letzten Versuch macht, heute, in zwölfter Stunde sozusagen? Ihr seid keine Landesleute, zum Teil keine Freunde, euch kann er also nicht vorwerfen, daß ihn ihn fangen, überdüpeln oder sonstwie verstricken wollten. Ich geh euch, damit ihr unangenehm Einlaß findet, unfern Oheim, Pfalzgrafen Ludwig mit. Wollt ihr? So hätte eure Fürsprache wenigstens einen Sinn gehabt.“

(Fortsetzung folgt.)

Heiratsschwindler gefällig?

Ein Beruf für Vorbestrafte.

Der Heiratsschwindler hat sich ganz allmählich auch zum Beruf des Vorbestraften entwickelt. Sich Einlaß in die Herzen der männerdürftigen Frauen zu verschaffen, ist leichter, als in fremde Wohnungen und Läden einzudringen. Und das Risiko geringer. Für schweren Einbruch stehen höhere Strafen als für Betrug; die Leichtfertigkeit, mit der die Frauen den Heiratsschwindlern zu ihren Ersparnissen Zutritt gewähren, wird aber vom Gericht mitunter als mildernder Umstand anerkannt.

So war es neulich. Der Mann hatte drei Bräute auf einmal. Chemals Reichwehrgeld war er gezwungen, den Dienst zu quittieren, angeblich weil er für einen anderen eine Strafe übernommen hatte, und schloß in einem Weinrestaurant, in dem er Kupferkessel putzte, Freundschaft mit der Küchenmamsell. Die Ehe will er ihr nicht versprochen haben. „Sie mochte der Meinung gewesen sein, daß ich sie heiraten würde“, sagte er. Jedenfalls erhielt er von ihr Geld zum Kauf eines Motorrads — „Brautomobil“ nannte es der Vorstehende — und 250 Mark dazu. Man unternahm zu Zweien hübsche Fahrten, und das ging so lange, bis der Kupferkesselputzer eines Tages in den Zelten die Anni kennenlernte. Das „Brautomobil“, mit dem Gelde der ersten Braut angeschafft, tat das seine. Er mochte sie nicht, so behauptet er, sie nahm aber die Sache bitterernst, besorgte Trauringe, bestellte das Aufgebot, ihm war es nicht geheuer zu Mut. Um an die erste die Schuld zu begleichen, hatte er von der zweiten Geld geborgt. Er fuhr mit dieser zu ihren Eltern nach Westpreußen, und traf sich unterwegs mit der dritten, die er bereits vorher in Berlin kennenlernt und gleich-

falls angepumpt hatte, um von der zweiten loszukommen. Die erste, sagt er vor Gericht, war die anständigste. Die beiden letzten erstatteten aber Anzeige wegen Betruges. Die erste war krank und vor Gericht nicht erschienen. Die zweite stellte sich als „Verlobte“ vor. „Ne“, sagte er, „ist nicht.“ — „Ich habe aber noch den Verlobungsring.“ — „Wo?“ fragte der Vorstehende. — „In der Handtasche.“ — Die dritte wollte nur ihr Geld zurückhaben. „Ich verzichte auf die Zeugen“, meinte der Angeklagte. „Ich will sie gar nicht sehen.“ Und als der Staatsanwalt seine Strafanträge gestellt hatte, sagte er: „Ich nehme jede Strafe an, wenn ich nur die Frauen los werde.“ Er erhielt vier Monate Gefängnis und war damit zufrieden.

Der andere Heiratsschwindler war bereits mit Zuchthaus vorbestraft, ebenso wie seine Brüder. Er leidet an Muskelschwund, kann eigentlich nicht mehr gehen und sitzen. Seine Tage sind gezählt. Seine fräuleiche Braut fand er trotzdem. Er stellte sich als Beamter der Reichsbahn vor, war im Begriff, sich eine „neue Existenz zu gründen“ und suchte eine Mutter für sein vierjähriges Töchterlein. Die Mutter der Braut nahm eine Hypothek in Höhe von 3000 Mark auf, diese verschwand ganz allmählich in den Taschen des an Muskelschwund Leidenden; er verjodelte das Geld mit seinen Brüdern, und als es alle war, aus der Heirat aber nichts wurde, lief die Braut zum Staatsanwalt. Der Mann bekam ein Jahr Gefängnis. Das milde Urteil begründete der Vorstehende mit dem Muskelschwund des Angeklagten und mit der Leichtfertigkeit der Braut.

Wann endlich Bahnhof „Strandbad“?

Vorschläge der städtischen Verkehrsdeputation.

Die Deputation für das Verkehrsweesen nahm im Rathaus zu den Umbenennungen von S-Bahnhöfen Stellung und beschloß, der Reichsbahndirektion Berlin vorzuschlagen, die Bezeichnung des Bahnhofs Nikolassee in „Strandbad“ abzuändern. Desgleichen die Umbenennung des Ringbahnhofs Ebersstraße in „Schöneberg“, Ringbahnhof Schöneberg in „Kolonnenstraße“ und Ringbahnhof Papestraße in „Sachsen-damm“. Für die beabsichtigte neue Wanneseebahnstation Feldstraße zwischen Friedenau und Steglitz wird die Bezeichnung „Feuerbachstraße“ vorgeschlagen.

Die Deputation beschäftigte sich auch mit den Anträgen privater Unternehmungen auf Einrichtung von Verkehrsverbindungen und Rundfahrten. Es wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß es nicht zweckmäßig ist, neben den bereits zugelassenen Rundfahrtunternehmungen, deren Wagenpark infolge der allgemeinen Wirtschaftslage nur zum Teil Verwendung finden kann, weitere Zulassungen zu empfehlen. Desgleichen sprach sich die Deputation gegen die Genehmigung neuer privater Verkehrsverbindungen aus, die den bereits bestehenden Verkehrseinrichtungen Konkurrenz machen.

Im Interesse der Förderung des Segelflugports sollen die Bestrebungen unterstützt werden, den Bismarcksee Berg bei Trebbin als Segelfluggelände für Groß-Berlin herzurichten. Das Trebbiner Gelände eignet sich durchaus zur Ausbildung von Segelfliegern und zur Ablegung der entsprechenden Prüfungen.

500 000 Freibadbesucher seit der Eröffnung.

Trotz der kühlen Witterung wurden die städtischen Freibäder am Sonntag von 26 000 Badegästen aufgesucht. Das Strandbad Wannsee zählte über 10 000, Müggelsee 6000 und der Wassersportplatz Plögensee 5000 Besucher. Da die Wassertemperatur in der letzten Woche höher als die Lufttemperatur lag, war auch an den Werktagen starker Badebetrieb. 73 000 Badegäste wurden gezählt, davon im Strandbad Wannsee über 20 000, im Strandbad Müggelsee 12 000 und im Wassersportplatz Plögensee sogar 22 000 Besucher. Die städtischen Frei- und Strandbäder Wannsee, Müggelsee, Plögensee, Grünau, Wendenschloß, Lübars, Tegel (Uferpromenade), Fließbad Lichtenberg, Westend, Jungfernheide, Drantsee, Spandau-Südpart, Schäferstraße, Bröhmännerstraße, Oberschöneweide, Oberpree, Weißensee und Hindenburgdamm haben seit der Eröffnung über 500 000 Besucher zu verzeichnen.

Berlins warmes Fließbad.

Inmitten des Weichbildes der Stadt liegt das Städtische Fließbad Lichtenberg gegenüber dem Blänterwald und in unmittelbarer Nähe des Kraftwerks Klingenberg. Das Bad ist bequem mit der Straßenbahnlinie 13, 76 und 113 und durch Motorbootverbindungen erreichbar. Das Bad hat 26 000 Quadratmeter weiten Strand und ist mit den modernsten Einrichtungen versehen. Für die Kinder ist ein 1400 Quadratmeter großes Planschbecken vorhanden, dessen angewärmtes Wasser durch sieben Fontänen ständig erneuert wird. An der Spreeseite befinden sich das 25x100 Meter große Sportbecken mit 10- und 3-Meter-Sprungtürmen, das Schul-

becken in einer Größe von 25x50 Meter, in dem während der Sommermonate der obligatorische Schwimmunterricht der Lichtenberger Schulkinder stattfindet und schließlich das Warmwasserbecken von gleicher Größe, das auch bei kaltem Wetter benutzbar ist, weil es von dem Warmwasser des Kraftwerks ständig durchflutet wird. In einer besonderen Brauseanlage können Reinigungsbäder genommen werden. Der Sicherheitsdienst an den Schwimmbecken und der Sanitätsdienst liegt in den Händen von staatlich geprüftem Personal. Große geräumige Auskleidehallen mit Woffengarderoben können die Kleider von 3000 Personen zu gleicher Zeit aufnehmen. Die gewaltigen Ausmaße des Fließbades ermöglichen es, 15 000 Personen und mehr an einem Tage Aufenthalt zu geben.

Das blutige Auto.

Schlimmer Verdacht und unerwartete Aufklärung.

Vor einigen Tagen wurde in der Ledderstraße in Weißensee ein führerloses Auto aufgefunden, dessen Inneres, wie berichtet, über und über mit Blut besudelt war. Gleichzeitig wurden unweit der Fundstelle hinter einem Bretterzaun blutbesudelte Kleidungsstücke gefunden, die in Zusammenhang mit dem Auto gebracht wurden. Es wurde vermutet, daß in dem Wagen, der einem Kaufmann aus Halensee gestohlen worden war, ein Verbrechen verübt worden sei. Kriminalkommissar Stiller stellte jetzt fest, daß drei junge Burschen, von denen zwei zur Zeit noch flüchtig sind, das Auto gestohlen hatten, um damit ein Radiogeschäft in der Thauerstraße auszuplündern. Nachts fuhr sie vor dem Boden vor und zertrümmerten die Scheibe. Als dann der 24 Jahre alte Schlächter Willi L. in die Auslage trat, lösten sich einige große Stücke der eingeschlagenen starken Scheusensierscheibe und der Dieb wurde am Kopf, am Rücken und an den Oberarmen schwer verletzt. Die Komplizen schafften den blutenden Schwerverletzten mit dem Auto zur nächsten Rettungsstelle und brachten ihn später in das Krankenhaus am Friedrichshain. Die Braut des Verletzten erschien wenige Stunden später im Krankenhaus und es gelang ihr, durch eine erkundete Geschichte die Affäre zunächst zu vertuschen. L. ist ungeständig. Seine Mittäter hoben nach dem mißglückten Einbruchversuch den Wagen nach Weißensee hinausgefahren und in der ruhigen Ledderstraße stehen lassen. Dann machten sie sich eiligst aus dem Staube.

Die „geistige Nothilfe“ nimmt ihre Arbeit auf.

Die Arbeitsgemeinschaft „Geistige Nothilfe“ Berlin, die unter dem Vorsitz des Geh. Regierungsrat Dr. Demuth und Obermagistratsrats Marquardt gegründet wurde, hat nach Erledigung ihrer umfangreichen Vorarbeiten ihren Mitgliedern ein Programm vorgeschlagen, dessen Durchführung nunmehr in Angriff genommen wird. Aus den Richtlinien ergibt sich als Zweck der Arbeitsgemeinschaft die Förderung aller Bestrebungen der geistigen Versorgung der Erwerbslosen. Ein Ausschuß, dem angehören Ministerialrat Becker, Vizepräsident Dr. Dankwerts, Frau Elsa Fielesmann, Direktor Dr. Günther, Dr. Kadner, Obermagistratsrat Kraut, Stadtschulrat Rybahl, Universitätsprofessor Dr. Rieffer, Professor Dr. Frieda Schottmüller, Oberregierungsrätin Dr. Spindler, Universitätsprofessor Dr. Spranger, Dr. Lems, D. Ulrich, Richard Weimann, Vater Wolf, hat für die verschiedenen zu be-

arbeitenden Gebiete Arbeitsausschüsse gewählt, die sich aus den Reihen von Persönlichkeiten und Institutionen zusammensetzen, die die Arbeitsgemeinschaft in ihren Zielen unterstützen. Die Ausschüsse sollen folgende Gebiete bearbeiten: Unterrichtswesen, Vortragswesen, Büchereiwesen, Kunstveranstaltungen, Theater und Filmwesen, Heime, Freizeiten und Arbeitslager, Beratungsstelle für Erwerbslose. Die Geschäftsstelle befindet sich in Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 8, Merkur 3550.

Erweiterter Zeppelinverkehr?

Verhandlungen mit Argentinien eingeleitet.

Buenos Aires, 30. Mai.

Der argentinische Konsul in Stuttgart, Ward, ist hier eingetroffen, um die Verhandlungen, die schon vor Jahren über den Bau einer Luftschiffhalle und eines Ankerhafens in Buenos Aires eingeleitet wurden, beschleunigt durchzuführen. Es wird bereits erwogen, im Herbst dieses Jahres zu einer Fahrt nach Pernambuco eine Fahrt nach Buenos Aires durchzuführen. Die Einrichtung eines Ankerhafens dort und die Möglichkeit zur Erneuerung der Betriebsmittel sind hierzu jedoch unbedingt erforderlich.

Die Arbeitstagung europäischer Jugend.

Die Aktionsgruppe der Internationalen Studenten-Bereinigung in Berlin veranstaltete letzte Woche eine akademische Arbeitstagung europäischer Jugend. Bekannte Persönlichkeiten des deutschen Geisteslebens, wie Franz Thien, Dr. Gustav Wyneken, Vater Fr. Ruderhann, Prof. Dr. Werner Sombart, Dr. Jung, Philipp Desselner und andere, hielten Vorträge über Erziehung, über geistige Entscheidung unserer Zeit, über Jugend und Zukunft des Kapitalismus. Regstes Interesse der Teilnehmer lohnte die Rede der Veranstalter.

„Hawaii, das Paradies der Südsee“. Im Planetarium am Zoo wird am Dienstag, dem 31. Mai, der große Film „Hawaii, das Paradies der Südsee“ gezeigt. Er führt zu den schönsten Punkten der Insel und schildert die Bewohner bei Arbeit und Spiel. Grandios sind die Bilder vom Kiloua, dem einzigen, dauernd tätigen Feuersee der Erde. Der Film wird von Vater Ummemann eingeleitet. Vorher eine kurze himmelskundliche Betrachtung „Das ewig wachsende Weltall“.

Allgemeine Wetterlage.



Über Ostdeutschland lag heute ein Tiefdruckgebiet. Es war von der Adria ziemlich rasch nach Norden gezogen, hatte seine Bewegung über Deutschland aber wesentlich verlangsamt. Im Staate Sachsen und in Böhmen brachte es sehr ergiebige Regenmengen. Außerordentlich stark waren die Niederschläge auch auf Rügen und in Reddenburg. Die Temperaturen stiegen am Montag in West- und Ostdeutschland auf etwa 20 Grad. Sonst lagen sie im Reich zwischen 10 und 15 Grad. Es hat den Anschein, als ob sich das ostdeutsche Tief unter Abschwächung langsam nach Dänemark verlagert. Am Dienstag wird es also noch einigen Einfluß auf unser Wetter ausüben.

Wetteraussichten für Berlin. Wechselnd bewölkt, noch einzelne Regenfälle, kühl. — Für Deutschland. Im Küstengebiet der Nord- und Ostsee noch verbreitete Regenfälle, in Nord- und Ostdeutschland bewölkt mit Strichregen, im Süden wolkig bis heiter und im wesentlichen trocken, mäßig warm.



Vollen Tabakwert für Ihr gutes Geld.

das bietet Juno!

Sie ist seit 37 Jahren die bevorzugte Marke aller Schaffenden und erreichte dies ohne Wertgaben wie Gutscheine, Wertmarken oder Stickereien. Allein ihrer wertvollen Eigenschaften wegen leistet unserer

JUNO

ein ständig zunehmender Freundeskreis treue Gefolgschaft.



Alles für die Qualität!

Die Gehag berichtet für 1931.

Kleiner Reingewinn. — Noch immer starke Nachfrage nach Kleinwohnungen.

Die Gehag, Gemeinnützige Heimstätten-, Spar- und Bau-A.G., Berlin, die hiesige Wohnungsbau-Gesellschaft der freien Gewerkschaften, hat das Krisenjahr 1931 verhältnismäßig gut überstanden. Naturgemäß war auch bei ihr der Geschäftsbetrieb infolge der in den Rotenordnungen verfügten Drosselungspolitik stark eingeschränkt. Diese Drosselungspolitik wird im Geschäftsbericht für 1931 einer eingehenden Kritik unterzogen.

In Berlin lagen die Dinge infolgedessen besonders ungünstig, weil über die Hauszinssteuer Mittel für den Wohnungsbau durch Borgelasse der Stadt bereits verfügt war. Aus dem preussischen Ausgleichsfonds wurden dann 11,5 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Als nach langen Verhandlungen endlich die nötigen öffentlichen Mittel für nachstellende Hypotheken gesichert waren, gefährdete die Finanzkatastrophe vom Juli die Finanzierung der erstfälligen Hypotheken aus dem freien Markt. So erklärt es sich, daß bei der Gehag

die Zahl der fertiggestellten Wohnungen

von 3046 im Jahre 1930 auf 913 im Jahre 1931, die Zahl der begonnenen Wohnungen von 1812 auf 387 Wohnungen zurückging. Unter den neu begonnenen Bauten befinden sich 75 Wohnungen, die für die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten nach den neuen Reichsgrundrissen für den Kleinwohnungsbau errichtet werden.

Wenn die Lage am Berliner Wohnungsmarkt für Neubauwohnungen sich in den letzten Monaten nicht unmerklich gebessert hat, so darum, weil lausitzförmige Schichten von dem erleichterten Kündigungsrecht Gebrauch gemacht und die früher bemohnten Großwohnungen aufgegeben haben. Die Senkung der Neubaumieten wird im Geschäftsbericht als völlig ungenügend bezeichnet, da sie die starken Kürzungen der Löhne und Gehälter nicht annähernd auszugleichen vermochte. Weitere staatliche Maßnahmen zur Senkung der Neubaumieten seien unbedingt erforderlich.

Im übrigen besteht auch nach den Feststellungen der Gehag eine starke Nachfrage nach Kleinwohnungen.

Für jede im Bau befindliche 1½-Zimmer-Wohnung haben sich 10 Bewerber gemeldet.

Eine Förderung des Kleinwohnungsbaues durch staatliche Maßnahmen zur Erleichterung der Finanzierung ist also nicht nur wirtschaftlich gerechtfertigt, sondern auch sozialpolitisch notwendig.

Die Arbeiterbank förderte die Gehag weiter durch Gewährung von Zwischenkrediten. Die wichtigsten Hypothekengeber waren die Preussische Landespfandbrief-Anstalt, die Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-A.G. in Hamburg, und die Bayerische Landesbank in München.

In der Bilanz hat sich das Konto Grundstücke und Häuser von 10,5 auf 16,4 Millionen erhöht; dem entspricht eine Steigerung der Hypothekenschulden von 10 auf 15,8 Millionen Mark. Außerdem ist der letzte Bauabschnitt in Zehlendorf mit 3,7 Millionen Mark aktiviert, auf den noch 1,5 Millionen Baugelder zu zahlen sind. Die Forderungen aus fertiggestellten Bauten sind von 2,2 auf 0,3 Millionen Mark, die Schulden aus Bauabrechnungen von 2,8 auf 1,1 Millionen Mark gesunken. Vermittelt wird der Hausbesitz von der „Einia“, Berliner Gesellschaft zur Förderung des Einfamilienhauses, damit eine eindeutige Trennung zwischen der Bautätigkeit und der Hausbewirtschaftung durchgeführt wird.

Auf das Gehag-Kapital von einer Million Mark, das ganz im Besitz der Gewerkschaften ist, wird die jagungsgemäße Höchstdividende von 5 Prozent verteilt.

Das Bauprogramm für das laufende Geschäftsjahr umfaßt 731 Wohnungen und 342 nordstädtische Kleinwohnungen. Die Gehag hat sich trotz mancher Bedenken an der Durchführung der Kleinwohnungen beteiligt, fordert aber Erhöhung der Reichsdarlehen, damit wohnungskulturelle Mindestansprüche erfüllt und die Bauten durch freie, tariflich voll entlohnte Bauarbeiter hergestellt werden können.

ging von 1929 bis 1930 von 11,80 auf 10,02 Mill. Pfund Sterling zurück, von 1930 bis 1932 aber nur noch auf 9,16 Millionen Pfund.

Ebenso interessant wie das Gewinnergebnis sind auch die Bilanzen. Bei diesen fünf Instituten ging die gesamte Bilanzsumme im Laufe des vergangenen Jahres nur von 1,93 auf 1,77 Milliarden Pfund zurück, also um weniger als 10 Proz. Die Vorkäufe an andere Unternehmungen zeigen nur eine sehr geringe Verminderung von 832 auf 811 Millionen Pfund. Ebenso sind auch auf der Passivseite die Einlagen nur in einem außerordentlich geringen Umfang vermindert worden, nämlich von 1697 auf 1563 Millionen Pfund. In keinem anderen Land ist der Einlagenrückgang der Banken so minimal gewesen, ein sehr deutliches Zeichen dafür, wie groß das Vertrauen des englischen Publikums zu seinen Banken auch heute noch ist.

USA-Krise verschärft sich noch. Vergleiche Kreditverweigerungsversuche. — Neuer Rekord der Goldverluste.

Amerikas verzweifelte Suche nach einem Ausweg aus der schweren Wirtschaftskrise stößt das Land offensichtlich immer tiefer in eine unheilvolle Verwirrung hinein. Eine unüberwindliche Steppe der durch mannigfache Rückschläge letzter Jahre wurde gemachten Wirtschaft, die mit zunehmender Schärfe im Wirtschaftsleben hervortretenden Interessengegenstände und ein bei den amerikanischen Banken herrschender Mangel an Unternehmungsgestirb erhöhen mit dem im Zustande der amerikanischen Währungspolitik bezugten Misträuen die Schwierigkeiten der Krisenbekämpfung ins Unermeßliche.

So ist denn auch die neue Generalsession gegen die Wirtschaftskrise, wenn nicht alle Anzeichen täuschen, schon in ihrem Anfangsstadium bedenklich ins Stocken geraten. Der auf einer Reihe von Notgelegen aufgebaute Plan einer großzügigen Kreditverweigerung, mit deren Hilfe der Wirtschaft neuer Impuls verliehen werden sollte, hat weder im Inlande die unumgängliche Unterstützung bei den Privatbanken gefunden, noch im Auslande das sich rapide ausbreitende Misträuen zurückdrängen vermocht. Dieses Misträuen wird Amerika täglich von neuem durch wachsende ausländische Goldabzüge hinmüßig vor Augen geführt. Die Goldverluste der Vereinigten Staaten erreichten in der letzten Woche mit 80,2 Millionen Dollar einen neuen Rekordwert gegen 56,7 Millionen Dollar in der Vormode und 25,3 Millionen Dollar vor zwei Wochen. Damit betrauf sich Amerikas Goldverlust in den letzten 7 Wochen auf insgesamt 227 Millionen Dollar oder 953 Millionen Mark.

Unter diesen Umständen kann es nicht überraschen, daß die amerikanischen Notenbanken ihre auf eine Kreditexpansion abzielenden Staatspapierkäufe jetzt abbrechen. In der letzten Woche haben die 12 Federal Reserve Banken ihre Staatspapierbestände nur noch um 55,8 Millionen Dollar erhöht, gegenüber einer Zunahme um 81,1 Millionen Dollar in der Vormode und um 98,4 Millionen Dollar vor zwei Wochen.

Keine Bautätigkeit in USA.

Die Bautätigkeit ist in den Vereinigten Staaten noch stärker als in anderen Ländern zusammengeschrumpft. In 37 Staaten der USA belief sich im ersten Vierteljahr 1932 der Wert aller Neubauten auf 286 Millionen Dollar gegenüber 833 Millionen im ersten Vierteljahr 1931, 1097 Millionen Dollar im ersten Vierteljahr 1930 und 1485 Millionen im Jahre 1928. Am stärksten ist der Wohnungsbau zurückgegangen: von 707 Millionen Dollar im ersten Vierteljahr 1931 und 233 Millionen Dollar im ersten Vierteljahr 1932 auf nur noch 85 Millionen Dollar im ersten Vierteljahr 1932. Im Stadtgebiet von New York betrug die Bautätigkeit in den ersten drei Monaten des Jahres 1932 nur noch etwa den vierten Teil von 1931.

Kapitalschnitt bei Christoph & Unmack. Zur Verlastigung und zu starken Abschreibungen.

Die Christoph u. Unmack A. G., Riesa, D. L., weist für das am 31. Oktober 1931 zu Ende gegangene Geschäftsjahr einen Verlust von 1,7 Mill. Mark aus. Das Unternehmen befaßt sich mit der Herstellung von Holzbauten und Lastwagenanhängern. Der Umsatz ist laut Geschäftsbericht um 42 Proz. zurückgegangen. Dieser Rückgang, dazu der Rückgang der Holzpreise und Ausfälle an Forderungen brachten den hohen Verlust.

Die Verwaltung schlägt den Aktionären eine radikale Sanierung vor. Das Kapital soll im Verhältnis 10 zu 3 von 8 auf 2,4 Mill. Mark zusammengesetzt werden. Der Buchgewinn von 5,6 Mill. Mark und ein Teil der Reserven von 0,66 Mill. Mark wird zur Deckung des Verlustes und zu hohen Abschreibungen auf Anlagen, Beteiligungen und Vorräte verwendet. So stehen die Anlagen jetzt nur noch mit 2,7 gegen vorher 4,1 Mill. Mark zu Buche. Auf Forderungen und Wechsel (2,2 Mill. Mark) sind 0,95 Mill. Mark zurückgestellt worden.

Schuhexportüberschuß um 70 Proz. gesunken.

Die Ausfuhr der deutschen Schuhindustrie, die sich das ganze Jahr 1931 über sehr gut gehalten hatte, schrumpft infolge der in den letzten fünf Monaten wirksam gewordenen ausländischen Zoll- und Kontingentsmaßnahmen zusehends ein. Obwohl die Einfuhr im April mit 36 266 Paaren nach wie vor auf einem denkbare niedrigen Stande beharrt, ergibt sich bei einer Ausfuhr von 149 359 Paaren nur noch ein merkwürdiger Ausfuhrüberschuß von 722 000 gegen 2,41 Millionen Mark im April vorigen Jahres. In den ersten vier Monaten dieses Jahres ist der Exportüberschuß der deutschen Schuhindustrie auf 3,73 gegen 11,64 Millionen Mark in der entsprechenden Zeit des vorhergehenden Jahres zurückgegangen, also um fast 70 Prozent.

Nach Dänemark führt ein Devisenkontingent für Auslandsreisen ein. Die Nationalbank gibt bekannt, daß für Reisen von Dänemark nach dem Ausland höchstens 400 Kronen in dänischen Noten mitgenommen werden dürfen.

Kredite für den sächsischen Staat. Ein Bankentorium unter Führung der Preussischen Seehandlung in Berlin und der Sächsischen Staatsbank in Dresden hat heute mit dem sächsischen Staat ein Abkommen über die Gewährung eines zweijährigen Kredits von 10 Millionen Mark abgeschlossen. Der Kredit soll in der Hauptsache zur Deckung des größten Teiles der am 1. Juni fällig werdenden sächsischen Schatzanweisungen dienen.

Die Inflationwünsche in England

Unternehmer sind sehr unzufrieden und wollen höhere Preise bei gleichen Löhnen.

In England bemächtigt sich der Unternehmertreue eine immer stärkere Nervosität. Denn die Aufgabe des Goldstandards hat nicht die erhoffte Belebung der Wirtschaft gebracht. Die Besserung in der Exportindustrie ist nicht erheblich; die Beschäftigung in den übrigen Industrien ist schlechter geworden. Der April brachte eine überraschende Steigerung der Arbeitslosigkeit; sie ist mit 2,65 Millionen nicht unbedeutend höher als im Vorjahr.

Was im besonderen die englischen Unternehmer demütigt, das ist die Preisentwicklung. Wir geben dafür nach der englischen Fachzeitschrift „Economist“ folgende Tabelle:

Großhandelsindizes (Stand am 18. September 1931 = 100)

Datum	England (Gesamtländer)	Amerika (Zwilling, Silber)	Deutschland (Städt., Reichsbank)	10 St. Russ. in Berlin
30. September 1931	107,8	98,7	98,9	16,40
30. Dezember 1931	105,9	96,1	94,6	14,38
24. Februar 1932	110,9	92,4	92,0	14,86
22. März 1932	108,1	91,5	91,4	15,37
20. April 1932	103,8	89,6	90,3	15,89
4. Mai 1932	103,3	89,3	89,8	15,48
18. Mai 1932	102,6			15,43

Seht man den Stand der Großhandelspreise am 18. September 1931 gleich 100, so sind die englischen Preise bis Ende Februar um etwa 11 Punkte gestiegen; die Preise der Goldwährungsänder (Amerika, Deutschland) sind in der gleichen Zeit um etwa 8 Punkte gefallen. Gleichwohl waren die englischen Preise, in Gold umgerechnet, niedriger als die der Konkurrenten. Denn das Pfund wurde Ende Februar mit 14,66 M. bezahlt; es war gegenüber der Goldparität (20,48 M.) um 28 Proz. entwertet. Erst bei einem Stande von 128 hätten die englischen Preise die Höhe der Preise in den Goldwährungsändern erreicht.

Bemerkenswert ist die Tendenz, sich den Preisen in den Goldländern anzugleichen, nicht mehr fortzusetzen. Sie sind im Gegenteil nicht unbedeutend, bis zum 18. Mai auf 102,6, zurückgegangen. Das hat verschiedene Gründe: einmal machen die eingeführten Waren, die in Gold bezahlt werden müssen, nur einen Teil der Großhandelswaren aus. Doch ist der Gruppenindex für Waren, bei denen der Anteil der Einfuhr groß ist, vom September bis Mai erheblich gestiegen; so liegt der Index für Getreide und Fleisch um 15 Proz. höher. Ferner ist zu bedenken, daß die Preise in den Goldwährungsändern ebenfalls weiter gesunken sind (siehe Tabelle). Schließlich ist von Wichtigkeit — und dieser Punkt bereitet der englischen Währungspolitik erhebliche Kopfschmerzen —, daß der Bundkurs dauernd die Tendenz hat, zu steigen und jetzt erheblich über dem niedrigsten Kurs (13,68 M. am 8. Dezember) steht. Jede Steigerung des Bundkurses drückt aber auf die Warenpreise. Immerhin ist der Preisvorteil für die englische Exportindustrie bestehen geblieben: am 18. Mai hätten die englischen Preise, nach denen der Export kalkulliert, erst bei 120 die Höhe der Preise in den Konkurrenzländern erreicht; sie standen aber noch bei 102,6.

Diese Entwicklung paßt aber den Produzenten für den Inlandsmarkt ganz und gar nicht.

Man erinnere sich dessen, was Englands Unternehmer und Nationalökonomien im Herbst zur Begründung der Aufgabe des Goldstandards sagten: das Pfund sei im Jahre 1925 zu hoch stabilisiert worden; sein Wert müsse im Interesse des Exports herabgesetzt werden. Eine Preissteigerung im Innern sollte aber vermieden werden, die Kaufkraft des Pfundes im Innern erhalten bleiben, so daß auch die Kaufkraft der Löhne nicht leiden würde. Wenn man bedenkt, daß die Lebenshaltungskosten gegenüber September nicht gestiegen sind, so muß man zugeben, daß die Kaufkraft des Pfundes und der Löhne tatsächlich erhalten geblieben ist.

Gerade diese Tatsache aber ist es, die den Unternehmern jetzt so unangenehm ist. Denn wird in England genau wie bei uns über die Unrentabilität der Produktion geklagt, so wird die Beibehaltung des heutigen Lohnniveaus (der heutigen Löhne),

aber Preissteigerung auf den Stand von vor drei Jahren — so lautet jetzt die Forderung der „Wirtschaft“ im Parlament und im Mac-Kenna-Bericht. Das ist der Schrei nach der Inflation! Man muß bezweifeln, daß die entgegengesetzten Äußerungen im Herbst (Erhaltung der Kaufkraft) ehrlich gemeint waren. Im Herbst hatte man auch versichert, gerade durch die Bundentwertung wolle man einen fast notwendigen Lohnabbau vermeiden. Anzwischen haben die Unternehmer auch diese Begründung vergessen und die Löhne in zahlreichen Wirtschaftszweigen, zum Teil unter Ausprägungsdruck, recht kräftig gesenkt.

Eins ist unzweifelhaft durch die Pfundentwertung erreicht worden: das Ausland hat, soweit es konnte, englische Pfundkredite zurückgezahlt. Ein etwas zweifelhafter Erfolg, da die englischen Kapitalisten dabei erhebliche Verluste erlitten. Von diesen Rückzahlungen rührt die Geldfülle am Londoner Markt; der Diskontsatz wurde seit Februar von 6 auf 2,5 Proz. ermäßigt, Tagesgeld ist unter 1 Proz. erhältlich. Die Vormirde gegen die Bank von England, sie treibe Deflationspolitik, sind also nicht gerechtfertigt. Die Unternehmer nehmen den billigen Kredit einfach nicht in Anspruch.

Ob man wirklich in England offen Inflation machen wird, ist ungewiß. Die Regierung hat erklärt, sie wolle nicht zur Geldminderung zurückkehren, solange die Preise auf Goldgrundlage sich so wie bisher gestalten, d. h. also solange sie fallen. Es scheint danach, als ob die englische Regierung den Inflationsforderungen nicht unbedingt ablehnend gegenüberstehe. Inflation — das scheint auch in England zahlreichen Unternehmern ein gangbarer Weg, die Kosten einer zweifelhaften Wirtschaftsbelebung auf die breiten Massen abzumätzen.

Gesunde englische Banken.

Die Weltstellung der britischen Finanzen wenig erschüttert.

Gestern wurde gemeldet, drei angesehenere englische Privatbanken stehen vor dem Zusammenbruch. Neue englische Informationen belegen, daß es sich um lange bekannte und weniger wichtige Fälle handle, bei denen die Bank von England durch Herannahme von Finanzwechslern eine Stützung durchgeführt habe. Die großen englischen Banken sind nach wie vor gesund.

Nachdem einige Monate lang nach der Loslösung der englischen Währung vom Goldstandard die englische Finanz, die vor dem Kriege den größten Teil des Erdbealls beherrschte, grundlegend erschüttert erschien, hat sich seit einiger Zeit wieder ein stärkeres Vertrauen auf die englische Währung und auf die Macht des englischen Finanzkapitals eingestellt. Es hat sich gezeigt, daß England in der Lage gewesen ist, all seinen ausländischen Verpflichtungen ohne sichtbare Schwierigkeit nachzukommen.

Eine wesentliche Stütze für die Wiederherstellung des Vertrauens zum englischen Finanzkapital bilden die Ausweise der englischen Großbanken. Wie vor dem Kriege stehen auch heute noch an der Spitze des englischen Bankkapitals die fünf großen Institute (die „Big Five“). Während in den Vereinigten Staaten, in Deutschland und in der letzten Zeit auch in Frankreich die Struktur des Bankkapitals durch zahlreiche Fusionen immer neu verändert worden ist, haben sich im englischen Bankkapital, vor allem was die Großbanken betrifft, so gut wie gar keine Veränderungen vollzogen. In keinem anderen Industrieland, auch nicht in Amerika und Frankreich, hat das Jahr 1931, das Jahr der schwersten internationalen Vertrauenskrise, dem Bankkapital eine so geringe Erschütterung zugefügt wie in England.

Die Gewinne der fünf Großbanken, d. h. der Midland-Bank, der Wombs Bank, der Barclays Bank, der Westminster Bank und der National Provincial Bank, haben sich gegenüber dem Jahre 1930 nur um 8,5 Proz. vermindert. Bei einigen dieser Banken, die insgesamt in England und Wales mehr als 8000 Niederlassungen haben, war sogar eine Dividendenauschüttung in der gleichen Höhe wie im Vorjahre möglich. Der Reingewinn dieser fünf Institute

Russen bekennen...

Szene aus einem russischen Drama

Klaus Mehnert, über dessen im S. Fischer Verlag erschienenes Buch „Die Jugend in Sowjet-Russland“ wir bereits berichtet haben, gibt in seinem Buch einige Proben neuer russischer Dichtungen. Die nachfolgende Dramenszene eines jungen Russen ist besonders beachtenswert.

Ein einfaches Amiszimmer. Hinter einem Tisch mit Affen und Telefon sitzt der Parteifunktionär Michailow. Seine Frau Olga steht vor einem Bücherbrett, in dem sie framt. Sie wirft einzelne Bücher auf das Sofa.

Michailow: Warum wirfst du die Bücher herum? Man kann sie doch ruhig aufräumen.

Olga: Ich habe die Ruhe satt.

Michailow: Du hast wieder Depressionen, Olga.

Olga: Ich habe dieses Städtchen satt, in dem ewig Finsternis herrscht und nur 311 Laternen existieren.

Michailow: Woher weißt du das?

Olga: Ich habe das in deinen Papieren gelesen.

Michailow: Hättest du bis zum Ende gelesen, so hättest du erfahren, daß wir in diesem Jahr noch 519 aufstellen werden.

Olga: Ich will in eine große Stadt.

Michailow: In fünf Jahren werden wir 100.000 Einwohner haben.

Olga: Ich langweile mich sehr, Michailow.

Michailow: Ich kann das nicht verstehen.

Olga: Nein, das wirst du auch nie verstehen.

Es läutet. Rajewskij, ein Freund Michailows, der drei Jahre nach Deutschland kommandiert war, trifft wieder in der Heimat ein. Er ist elegant angezogen und hat einen teuren Lederkoffer. Die Freunde begrüßen sich herzlich, Michailow macht Rajewskij mit seiner Frau bekannt. Als Rajewskij den Mantel abnimmt, wird an seinem Rock der Orden der „Roten Fahne“ sichtbar.

Michailow: Nun, was gibt's in Europa.

Rajewskij: In Europa? Europa gibt es nicht. Die Spitze des Eiffelturmes und ein Stück der Alpen schaut noch hervor, alles andere ist mit unserem großen Rundwerk zugehüllt.

Michailow: Nimmst du etwa Partei für die alte Dame Europa?

Rajewskij: Mich reizt unser stumpfsinniges und hochmütiges Verhalten, allem gegenüber, was wir nicht kennen.

Michailow: Du bist ja neurotisch!

Rajewskij: Ich ärgere mich, weil du nicht der erste bist. Draußen gibt es genug, was man lernen kann. Ich möchte alle Hochklappe fortzuschlagen, die in Europa nichts anderes sahen und hörten als Fortschritt.

Michailow: Du warst in Deutschland?

Rajewskij: In Berlin, Hamburg, Dresden. Das Land arbeitet wie eine funkelnde Maschine. Wenn du aus Königsberg siehst, liegt Deutschland vor dir wie ein geöffneter Uhrwerk. Die verstummt der Därm von Motoren, die Erde zittert vom Dröhnen von Duzenden Untergrundbahnlinien. Siehst du, es lohnt sich, das zu erleben.

Olga: Ist es in den Städten hell bei Nacht?

Rajewskij: In einigen Straßen Berlins kann man nicht lesen, so hell strahlen die elektrischen Lampen. Es gibt Gebäude, die von oben bis unten von Licht überfließen sind. Ueber einem der Häuser in der Friedrichstraße leuchtet plötzlich ein Vulkan, eine Flutke flamm auf, und am schwarzen Himmel perlt der Champagner.

(Das Telefon läutet. Michailow nimmt den Hörer.)

Michailow: Ich... Jawohl... Warum höst du den Kapon nicht mit Petroleum befeuert? Der Sekretär hat mich angerufen. Geiern mußten sie im Kaponkomitee bei Kerzenlicht arbeiten. Du wirst die Leute noch bis zum Kienspan bringen. So geht das nicht. Schon vor drei Tagen habt ihr fünf Köffer erhalten... Paß auf, sonst passiert noch was... Gut... (Hängt den Hörer auf. Zu Rajewskij:) Champagner? Hübsch.

Rajewskij: Was?

Michailow: Du erzählst hübsch. Und wie steht es mit der Revolution?

Rajewskij: Die Demonstrationen werden aufgelöst. Ich ging mit einer Masse Arbeitloser zum Reichstag. Man schlug uns mit Gummiknüppeln. Mich trafen sie auf die Hand. Ich bin mit Mühe vier Schulstufen entronnen.

Michailow: Das war falsch von dir. Du hättest nicht mitgehen sollen.

Rajewskij: Sollte ich etwa zur Seite treten und zuschauen?

Michailow: Hätten dich die Schulleute gefangen, so hätte die Polizei das Märchen aufgemäht von den Russen, die Demonstrationen organisieren... Ruhloser Heroismus ist die Rekrute der Freiheit.

Rajewskij: Vor fünf Jahren hättest du das nicht gesagt.

Michailow: Du bist ein unruhiger Geist.

Rajewskij: So, und bist du schon zur Ruhe gekommen? Schwer geworden? (Zu Olga:) Biel ist bei uns anders geworden in der letzten Zeit. Auf den Gesichtern der Freunde sehe ich Dürstert und Unheil. Früher brannten die Menschen, jetzt glimmen sie wie Kienpäne. Ich schau auf Michailow und möchte weinen. Einst jagte er auf einem Vollobst dorthin. Bis nach Berlin wollte er auf ihm reiten. Und jetzt?

Michailow erkennt, daß Rajewskij durch die drei Jahre im Ausland ungünstig beeinflusst wurde und erteilt ihm, um ihn reich an die Verhältnisse in der Union zu gewöhnen, den Auftrag zur Brotbereitstellung in vier abgelegene Dörfer zu reisen. Er löst Olga und Rajewskij allein im Zimmer.

Olga: Werden Sie fahren?

Rajewskij: Ich habe noch jeden Auftrag der Partei ausgeführt.

Olga: Aber das ist doch sinnlos. Man muß Sie in eine führende Stellung einsehen.

Rajewskij: Die Partei setzt dort ein, wo sie es für nötig hält.

Olga: Menschen werden von persönlichen Ermüdungen geleitet. Man darf sie nicht mit dem Wort „Partei“ zudecken. Die Partei — das sind Menschen.

Rajewskij: Nein.

Olga: Was sonst?

Rajewskij: Die Partei — ist ein Keifen, ein eiserner Riemen, der die Menschen zusammenbindet.

Olga: Mag sein. Aber manchmal drückt er, dieser Riemen. Es sind doch nicht alle gleich. Die Menschen sind keine Tagusheden, die man stuzt und gleichmacht. Sie sind anders...

Rajewskij: Ich habe darüber nachgedacht. Der Riemen schneidet oft ins Fleisch, aber ohne ihn kann ich nicht leben.

Olga: Sie reden unverständlich.

Rajewskij: Das ist auch sehr kompliziert. Stellen Sie sich

eine Masse vor, eine einheitliche (standardisierte) Masse, mit Kravatten einer einzigen Farbe. Die Masse geht in derselben Richtung und spricht dieselben eingelernten Worte... Ich will nicht standardisiert sein. Ich denke manchmal mit Entsetzen, daß ich jeden Tag dieselbe Kravatte umbinde wie alle. Aber es gibt noch etwas Entsetzlicheres. Denken Sie sich, Olga, daß die Masse ohne Sie geht. Sie bleiben allein mit Ihren Gedanken und Zweifeln. Und die Kolonnen marschieren, marschieren — an Ihnen vorbei. Die Kolonnen wiederholen ihre eigenen Worte. Sie singen ihre eigenen Lieder. Und niemand wendet sich nach Ihnen um, und erbarmungslos löst ihr Gleichschritt. Ich kann die Kolonnen nicht verlassen. Ich kann nicht fortgehen. Ich muß rechts und links von mir eine Schulter spüren. Ich muß jemanden haben, der mir befehlt. Ich muß einen Riemen fühlen, der die verschiedenen Seiten meines Ichs zusammenschneuert. Ich gehe und sterbe mit allen. Ich kämpfe für die Partei. Ich bin ihr Soldat.

Olga: Ein Soldat, der an den Sieg nicht glaubt? Können solche Soldaten siegen?

Rajewskij: Wer sagt Ihnen, daß ich an den Sieg nicht glaube? Das Proletariat kann nicht sieglos bleiben. Der Sieg ist sicher wie der Tod. Ich bin nicht überzeugt, daß wir, das Russland siegt. Vielleicht sind wir nichts als die Pariser Kommune, nur daß die sich 12 Jahre hält. Was macht das? Wenn es sein muß, stelle ich mich auch an die Wand unseres Père-Lachaise.

Europäische Aphoristiker

Goethe (1749—1832).

Wenn ich die Meinung eines anderen anhören soll, so muß sie positiv ausgesprochen werden; Problematisches hob ich in mir selbst genug.

Keine Nation gewinnt ein Urteil, als wenn sie über sich selbst urteilen kann. Zu diesem großen Vorteil gelangt sie aber sehr spät.

Einen Regenbogen, der eine Viertelstunde steht, sieht man nicht mehr an.

Man darf nur alt werden, um milder zu werden; ich sehe keinen Fehler begehen, den ich nicht auch begangen hätte.

Ein Bruder des Eros

Neue Planetoiden werden entdeckt / Von Dr. Bruno Borchardt

Nicht von den Himmeln soll hier die Rede sein, den alten Heiligengöttern, unter denen Eros der geflügelte Sohn der Liebesgöttin war, der selbst als kleiner Liebesgott die Sterblichen, welche er in Liebe entbrannt sehen wollte, mit seinen Pfeilen verwundete. Wir wollen vielmehr von den Himmelskörpern sprechen, den in majestätischer Ruhe wandelnden Sternen, welche von den alten Heiden den Göttern gleich gesetzt und mit den Götternamen bezeichnet wurden. Noch heute tragen die um die Sonne kreisenden großen Planeten die alten Götternamen Merkur, Venus, Mars, Jupiter, Saturn, und auch den erst viel später (1781, 1846 und 1830) entdeckten, noch in viel größeren Kreisen um die Sonne ziehenden Planeten wurden die alten Götternamen Uranus, Neptun, Pluto gegeben.

Zeichnet man das Sonnensystem auf, so bemerkt man zwischen den Bahnen von Mars und Jupiter einen unvorstellbar großen Zwischenraum, der den unsterblichen Rinder des Kopernikanischen Weltsystems und Erfinder der wahren Planetenbewegung, Johannes Kepler (gestorben 1630), als er nach bestimmter harmonischer Gesetze der Planetenentfernungen suchte, die Vermutung aussprechen ließ, zwischen Jupiter und Mars müsse noch ein Planet sich befinden. Dem Wittenberger Professor Titius gelang es 1766, bestimmte Zahlenverhältnisse in den Entfernungen der Planeten von der Sonne festzustellen, die sogenannte Titiusche Reihe, bei der wiederum ein Planet in der Lücke zwischen Mars und Jupiter ausfiel. Als dann der 1781 entdeckte Uranus sich dieser Reihe fügte, hielt man sie schon für ein unumstößliches Gesetz und suchte emsig nach dem vermuteten Planeten. Gegen Ende des Jahrhunderts wurde sogar eine Gesellschaft von Astronomen in verschiedenen Ländern gegründet, die eine planmäßige Suche nach dem Planeten anstellen sollten. Doch bevor diese Suche völlig organisiert war, fand Piazzi in Palermo zu Beginn des Jahrhunderts (am 1. Januar 1801) einen allerdings kleinen Planeten in der vermuteten Entfernung, welcher den Namen der Göttin Ceres erhielt. Aber sehr schnell wurden in derselben Entfernung von der Sonne drei weitere kleine Planeten gefunden (1802 die Pallas von Olbers in Bremen, 1804 die Juno von Harding in Pflanzthal bei Bremen und 1807 die Vesta von Olbers), und nach 40 Jahren folgten weitere Entdeckungen ein, die sich sehr bald häuften, so daß Ende 1890 bereits 302 kleine Planeten oder Planetoiden bekannt waren. Im Jahre 1891 wurde zuerst, und zwar von Max Wolf in Heidelberg, die photographische Methode auf die Entdeckung dieser kleinen Himmelskörper angewendet, und von da an wurden sie in solcher Fülle aufgefunden, daß wir heute gegen 1200 genau kennen, wozu noch etwa 1000 kommen, für welche die Beobachtungen zur genauen Festlegung ihrer Bahnen nicht ausreichen.

Die große Zahl dieser kleinen Himmelskörper und ihr Aufsuchen hatte kein unmittelbares praktisches, vielmehr nur theoretisches Interesse für die Astronomen, welche die allernachdenklichsten Vermutungen über ihre Entstehung aufstellten. Da wurde im August 1898 von Gustav Witt in Berlin ein neuer kleiner Planet aufgefunden, der 433, der sich von allen anderen erheblich unterscheidet und deshalb auch den besonderen Namen Eros erhielt. Während nämlich die anderen 432 nämlich in dem Raum zwischen Jupiter und Mars sich bewegten, ging die Bahn des Eros in die Marsbahn hinein, so daß er in regelmäßigen Zwischenräumen sich der Erde mehr nähern muß als irgendein anderer Himmelskörper, abgesehen vom Monde. Dadurch erhielt er sofort eine große praktische Bedeutung für den Astronomen, er eignete sich dadurch trefflich zur genauen Bestimmung der Entfernung Erde—Sonne, die von den Astronomen als das himmlische Metermaß benutzt wird, als die Nähe, mit der alle Entfernungen am Himmel gemessen werden, deren genaue Festlegung für die Astronomen also von höchstem Werte sein muß.

Die Entdeckung der kleinen Planeten oder Planetoiden ging

weiter. Bald wurden auch weitere gefunden, die ähnlich wie Eros aus der Reihe tanzten, d. h. nicht im Raum zwischen Mars und Jupiter blieben; aber anders als Eros, der in die Marsbahn hineingehört, ragt eine ganze Gruppe, sich der Jupiterbahn anschließend, über diese hinaus. Die Mitglieder dieser Gruppe, von denen vor gar nicht langer Zeit ein stehender und bald noch zwei weitere entdeckt wurden, erhielten Namen von Helden des Trojanischen Krieges, weshalb die Gruppe auch mit dem Namen Trojaner bezeichnet wird. Auch der Eros erhielt einen Gangnamen benannten Gefährten, dessen Bahn ebenfalls in die Marsbahn hineingehört, der aber der Erde nicht entfernt so nahe kommen kann wie Eros und deshalb für die Astronomen keine erhebliche Bedeutung gewann.

Das einem angehört, wird man nicht los, und wenn man es wegwürfe.

Kennt ich mein Verhältnis zu mir selbst und zur Außenwelt, so heiß ich's Wahrheit. Und so kann jeder seine eigene Wahrheit haben, und es ist doch immer dieselbe.

Mit dem Jahren steigern sich die Prüfungen.

Neuere Poeten tun viel Wasser in die Tinte.

Die größten Schwierigkeiten liegen da, wo wir sie nicht suchen.

Wie kann man sich selbst kennen lernen? Durch Betrachten niemals, wohl aber durch Handeln. Versuche deine Pflicht zu tun, und du weißt gleich, was an dir ist.

Was aber ist deine Pflicht? Die Forderung des Tages.

Georg Christoph Lichtenberg (1742—1799), Naturwissenschaftler und Aphoristiker.

Es tun mir viele Sachen weh, die anderen nur leid tun.

Ich habe es sehr deutlich bemerkt: Ich habe oft die Meinung, wenn ich siege, und eine andere, wenn ich stehe. Zumal wenn ich wenig gegessen habe und matt bin.

Wenn sie auf dem Leihhaufe Menschen annehmen, so möchte ich wohl wissen, wieviel ich auf mich geborgt bekomme.

Ich wollte einen Teil meines Lebens hingeben, wenn ich wüßte, was der mittlere Barometerstand im Paradies gewesen ist.

Motto: Die Wahrheit finden wollen, ist ein Verdienst, wenn man auch auf dem Wege irrt.

Es ist ja doch nun einmal nicht anders: die meisten Menschen leben mehr nach der Mode als nach der Vernunft.

Die Leute, die niemals Zeit haben, tun am wenigsten.

Man sollte eigentlich nur das ein Buch nennen, was etwas Neues enthält.

In die Welt zu gehen ist deswegen für einen Schriftsteller nötig, nicht sowohl damit er viele Situationen sehe, sondern selbst in diese komme.

Das Mädchen ist ganz gut, man muß nur einen anderen Rahmen drummachen.

Es ist schade, daß man bei Schriftstellern die gelehrten Eingeweide nicht sehen kann, um zu erforschen, was sie gegessen haben. (Ausgewählt von Jens Grieter.)

Da wurde vor einigen Wochen gemeldet, daß der belgische Astronom Delporte in Brüssel einen neuen Himmelskörper aufgefunden habe, der sich auf der photographischen Platte durch seine rosige Bewegung sehr bald als ein kleiner Planet erwie. Die Beobachtungen und ihre Nachprüfungen auf verschiedenen Sternwarten waren sehr schwierig, weil das Objekt äußerst lichtschwach ist, so daß nur die stärksten Instrumente zur Anwendung gelangen konnten. Daher hat es auch mehrere Wochen gedauert, bis soviel sichere Beobachtungen vorlagen, daß die Bahn des neuen Sterns einigermaßen genau berechnet werden konnte. Zur großen Überraschung zeigte sich, daß wir es hier mit einem Bruder des Eros zu tun haben, einem Planetoiden, der sogar noch weiter innerhalb der Marsbahn vordringt als Eros, der der Erde daher noch näher kommen kann als dieser und deshalb wohl auch zu einer noch genaueren Bestimmung des astronomischen Einheitsmaßes dienen wird. Freilich weicht die Bahn dieses neuen Planetoiden, für den vorläufig noch kein Götternamen genannt wird, sondern der noch die astronomische Bezeichnung 1932 E A 1 hat, von der seines Bruders Eros in einer Beziehung sehr erheblich ab: Eros bewegt sich wie fast alle Planeten und Planetoiden auf einer Ellipse, die nur recht wenig von der Kreisform abweicht, die Bahn des neuen Sterns dagegen ist eine recht lang gestreckte Ellipse, so daß seine Entfernung von der Sonne und auch von der Erde in recht weiten Grenzen schwankt; unter günstigen Umständen nähert er sich uns bis auf 12 Millionen Kilometer, während er sich doch wieder bis auf 880 Millionen Kilometer von uns entfernen kann, also bis auf das fast Fünzigfache. In dieser großen Entfernung empfängt er auch viel weniger Licht von der Sonne, als wenn er uns und ihre nahe steht, und sendet davon auch wieder einen viel geringeren Teil zu uns als in seiner Erdnähe, etwa 1400mal so lichtschwach wird er in der Erdferne sein als in der Erdnähe. Bei seiner weiteren Bewegung, die ihn gegenwärtig von der Erde fortführt, wird er daher recht bald nur für die mächtigsten Riesenteleskope erreichbar sein.

Dem Cos nähert sich dieser neue Stern an einer Stelle so sehr, daß bereits die Vermutung geäußert worden ist, beide Sterne hätten ursprünglich einen einzigen Himmelskörper gebildet, der durch eine uns unbekannt Katastrophe zertrümmert wurde, so daß die einzelnen Splitter als selbständige Körper dem Sonnenball umtreiben, eine Vermutung, die auch beim Bekanntwerden der Bahnen der zuerst entdeckten drei Planetoiden schon von Olbers geäußert wurde, jedoch für alle sich keineswegs hat halten lassen.

Die Frage nach dem Ursprung der Planetoiden ist auch heute trotz allen darauf verwandten Schachjens noch ungeklärt. Es kommt hinzu, daß jetzt sogar von dem Heidelberger Astronomen Reinmuth ein Planetoid entdeckt wurde, dessen Bahn sich sogar bis innerhalb der Bahn der Venus, des schönen leuchtenden Abendsterns, erstreckt. Man sieht, daß die Astronomen, welche heute so gern in die unermesslichen Weiten von Hunderten von Millionen Lichtjahren (schweifen, auch in unterer nächster Nähe, in unserem eigenen Sonnensystem, noch manche Aufgabe zu lösen und manche Rätsel aufzuheben haben.